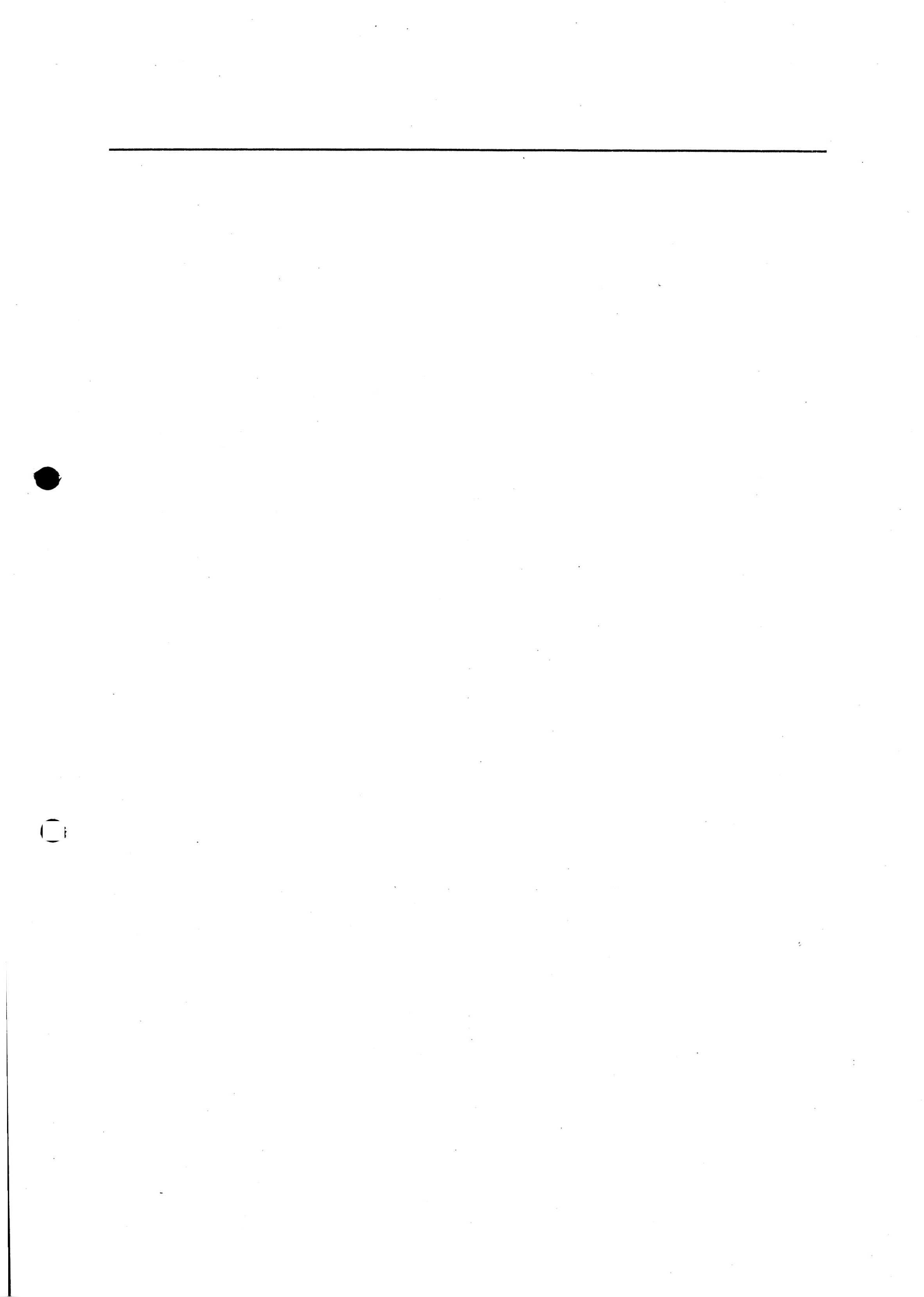
Übungsaufgaben

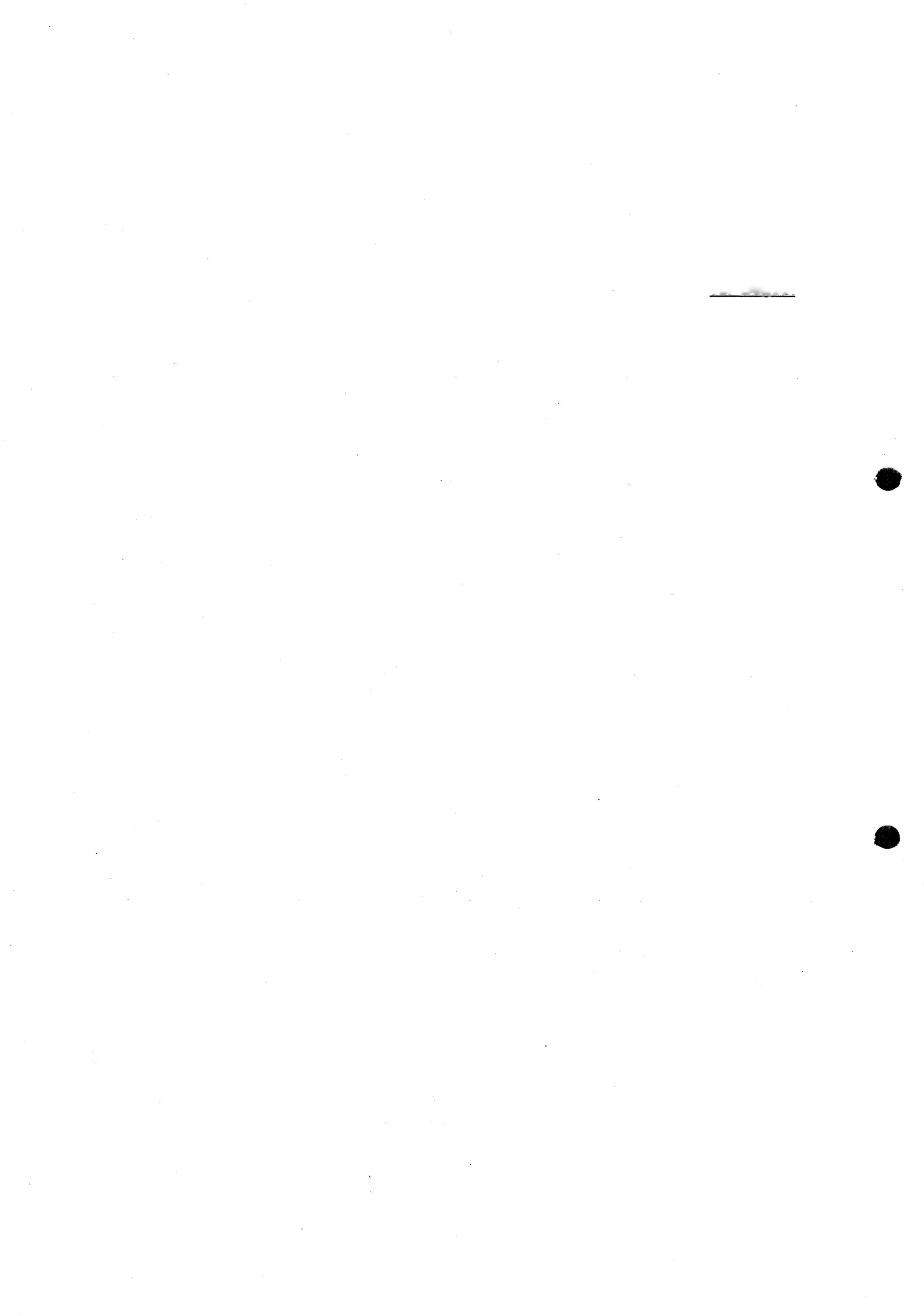


Die Zahlung von Entschädigungen und Vergütungen nach dem JVEG

Stand: 16.08.2022

Erstellt von Hagen Schneider

(Rechtspfleger, Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz des Landes Sachsen-Anhalt)

**Übungsaufgaben**

**- Einleitende Hinweise -**

Die Übungsaufgaben behandeln die Zahlung von Entschädigungen und Vergütungen nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG).

Vor Lösung jeder Übungsaufgabe ist anhand der entsprechenden Vorschriften im Gesetz nachzulesen und nachzuprüfen, welche Bestimmungen anzuwenden sind. Sodann sind die folgenden Fragen in Bezug auf die jeweilige Übungsaufgabe zu prüfen und vor Beginn der Aufgabenlösung zu beantworten:

1. Ist die Person, die eine Entschädigung oder Vergütung beansprucht, zu Beweiszwecken vom Gericht oder der Staatsanwaltschaft herangezogen?
2. Wird die Entschädigung oder Vergütung im Hinblick auf die Heranziehung als Zeuge, Sachverständiger usw. geltend gemacht?
3. Ist die geltend gemachte Entschädigung oder Vergütung im Hinblick auf die Heranziehung als Zeuge, Sachverständiger usw. notwendig gewesen?
4. Kann die zu gewährende Entschädigung oder Vergütung in der geforderten Höhe gewährt werden?
5. Wer hat einen im Zusammenhang mit der Heranziehung als Zeuge, Sachverständiger usw. stehenden Umstand kostenmäßig zu vertreten? Der Entschädigungs-

/Vergütungsberechtigte oder die heranziehende Stelle?

2

# Aufgabe 1 (Aufrundung der aufgewendeten Zeit)

Der Rentner Erwin Moser aus Magdeburg-Neustadt wird zu 9:00 Uhr als Zeuge vor das Landgericht Magdeburg geladen und in dieser Eigenschaft um 10:15 Uhr entlassen.

Die Anreise wurde um 8:15 Uhr angetreten, die Rückreise wird um 11:00 Uhr beendet sein. Dem Zeugen sind zwei Straßenbahnfahrscheine zu je 2,50 € entstanden.

Er ist bestimmungsgemäß zu entschädigen.

Abwandlung:

Die Anreise wird um 8:00 Uhr angetreten und ist um 11:15 Uhr beendet.

3

# Aufgabe 1 (Aufrundung der aufgewendeten Zeit)

Die letzte bereits begonnene Stunde wird voll gerechnet, wenn die Dauer der gesamten Heranziehung, nicht nur der letzten begonnenen Stunde (!), mehr als 30 Minuten dauert (§ 19 Abs. 2 Satz 4 JVEG).

Aber Achtung: Bei Verdienstausfall wird nur der tatsächliche Verlust erstattet!

Die Abwesenheit von 8:15-11:00 Uhr beträgt zwei und eine dreiviertel Stunde, so dass auf drei Stunden aufzurunden ist.

Dem Zeugen ist folgende Zeugenentschädigung zu gewähren:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Zeitversäumnis, § 20 JVEG (3 Stunden ä 4 €) | = | 12,00 € |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 1 JVEG | = | 5,00 € |
| (2x2,50 €) |  |  |
| Insgesamt: | = | 17,00 € |
| Ein Tagegeld kann nicht gewährt (§ 6 Abs. 1 JVEG). | werden, da | der Zeuge seinen Wohnsitz am Terminsort hat |

Abwandlung:

Die Abwesenheit (8:00- 11:15 Uhr) beträgt drei und eine viertel Stunde. Gemäß § 19 Abs. 2 Satz 4 JVEG ist die letzte Stunde ebenfalls auf eine volle Stunde aufzurunden.

Dem Zeugen ist folgende Zeugenentschädigung zu gewähren:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Zeitversäumnis, § 20 JVEG (4 Stunden ä 4 €) | = | 16,00 € |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 1 JVEG (2x2,50 €) | = | 5,00 € |
| Insgesamt: | = | 21,00 € |

4

# Aufgabe 2 (Zeuge, der Überstunden in Anspruch nimmt)

Der Angestellte Markus Meyer aus Genthin ist als Zeuge zu einem Termin vor das Landgericht Magdeburg zu 9:00 Uhr geladen. Nach seiner Vernehmung um 11:30 Uhr macht er in der Anweisungsstelle folgende Kosten geltend:

Verdienstausfall von 20 € pro Stunde für den Zeitraum von 8:00 bis 13:00 Uhr, wobei er hierzu anmerkt, dass er für die Terminwahrnehmung einen Teil seines Zeitguthabens aus Überstunden in Anspruch genommen hat.

Angereist ist er mit dem Pkw, wofür er Fahrtkosten von jeweils 50 Kilometern und Parkgebühren von 5 € geltend macht.

Die Anreise hat um 8:00 Uhr begonnen, die Rückreise wird um 14:00 Uhr beendet sein. Der Zeuge ist bestimmungsgemäß zu entschädigen.

5

# Aufgabe 2 (Zeuge, der Überstunden in Anspruch nimmt)

Werden für die Heranziehung Überstunden aus einem Zeitguthaben in Anspruch genommen, entsteht kein Verdienstausfall (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 22 Rn. 40). Es kann nur die Nachteilsentschädigung nach § 20 JVEG für den Verlust an Freizeit erstattet werden.

|  |  |
| --- | --- |
| Dem Zeugen ist folgende Entschädigung zu gewähren: |  |
| Zeitversäumnis, § 20 JVEG =  (6 Stunden ä 4 €) | 24,00 € |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 JVEG =  (2 x50 = 100 Kmä0,35€) | 35,00 € |
| Parkgebühren, § 5 Abs. 2 S. 1 JVEG = | 5,00 € |
| Insgesamt: = | 64,00 € |
| Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da der Zeuge | seinen Wohnsitz am Terminsort hat (§ |
| 6 Abs. 1 JVEG). |  |

Der Zeuge ist von der Anweisungsstelle schriftlich auf die Möglichkeit der gerichtlichen Festsetzung nach § 4 JVEG hinzuweisen, denn die Verpflichtung zur Rechtsbehelfs-belehrung des § 4c JVEG gilt auch für die Festsetzung im Verwaltungswege durch den Anweisungsbeamten (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 4c Rn. 2).

6

# Aufgabe 3 (Zeugenvernehmung im Urlaub)

Der Arbeiter Max Stramm aus Magdeburg-Rothensee wird vor das Landgericht Magdeburg als Zeuge um 9:00 Uhr geladen und in dieser Eigenschaft um 11:30 Uhr entlassen.

In der Anweisungsstelle erklärt er, dass er für den Tag der Vernehmung bezahlten Urlaub genommen habe.

Er macht weiter die Fahrtkosten mit der Straßenbahn (2 x 2,50 €) geltend. Die Reise wurde 8:00 Uhr angetreten und wird um 12:30 Uhr beendet sein. Der Zeuge ist bestimmungsgemäß zu entschädigen.

7

# Aufgabe 3 (Zeugenvernehmung im Urlaub)

Nimmt der Zeuge für seine Heranziehung bezahlten Urlaub, kann ein Verdienstausfall (§ 22 JVEG) nicht erstattet werden, sondern nur die Zeitversäumnis nach § 20 JVEG (Schneider, JVEG, 4. Aufl., §22 Rn. 41).

Die letzte begonnene Stunde ist auf eine volle Stunde aufzurunden, da die gesamte Heranziehung mehr als 30 Minuten gedauert hat (§ 19 Abs. 2 Satz 4 JVEG).

Dem Zeugen ist folgende Zeugenentschädigung zu gewähren:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Zeitversäumnis, § 20 JVEG  (5 Stunden ä 4 €, 8:00 - 12:30 Uhr) | = | 20,00 € |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 1 JVEG (2x2,50 €) | = | 5.00 € |
| Insgesamt: | = | 25,00 € |

*Eine Entschädigung für Verdienstausfall nach § 22 S.1 JVEG steht nur demjenigen zu, der tatsächlich einen Verdienstausfall erleidet. Daran fehlt es bei der Inanspruchnahme bezahlten Urlaubs.*

OLG Karlsruhe, Beschluss vom 29.10.2020 - 2 Ws 252/20, JurBüro 2021, 154

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da der Zeuge seinen Wohnsitz am Terminsort hat (§ 6 Abs. 1 JVEG).

8

# Aufgabe 4 (Zeugenentschädigung für Polizeibeamte - Freizeit)

Polizeihauptmeister Bernd Scholz aus Magdeburg-Sudenburg ist als Zeuge zu 9:00 Uhr vor das Landgericht Magdeburg geladen.

Er fährt mit dem Pkw um 8:30 Uhr in Sudenburg los und wird um 15:00 Uhr als Zeuge entlassen. Er ist 15:30 Uhr wieder in seiner Wohnung.

In der Anweisungsstelle erklärt er, er sei in seiner Freizeit anwesend gewesen. Er bittet zu prüfen, ob hierfür eine Entschädigung gezahlt werden könne. Angereist sei er mit seinem Privat-Pkw, die einfache Entfernung betrage 4 Kilometer.

9

# Aufgabe 4 (Zeugenentschädigung für Polizeibeamte - Freizeit)

Einen Verdienstausfall erleidet ein Polizist regelmäßig nicht. Wird er jedoch in seiner Freizeit vernommen, ist ihm eine Zeitversäumnis nach § 20 JVEG zu erstatten (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 20 Rn. 12).

Fahrtkosten sind bei Anreise mit einem privaten Pkw oder öffentlichen Verkehrsmitteln, soweit hier nicht Freifahrtberechtigungen bestehen, zu erstatten.

Dem Zeugen ist folgende Zeugenentschädigung zu gewähren:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Zeitversäumnis, § 20 JVEG  (7 Stunden ä 4 €, 8:30 - 15:30 Uhr) | = | 28,00 € |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 JVEG  (2 x 4 = 8 km ä 0,35 €) | = | 2,80 € |
| Insgesamt: | = | 30,80 € |

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da der Zeuge seinen Wohnsitz am Terminsort hat (§ 6 Abs. 1 JVEG).

10

# Aufgabe 5 (Zeugenentschädigung für Polizeibeamte - Verdienstausfall)

Wie Aufgabe 4 mit folgender Abwandlung:

Polizeihauptmeister Scholz wird in seiner Freizeit vernommen. Er legt jedoch eine Bescheinigung vor, aus der sich ergibt, dass ihm wegen der Heranziehung eine andere Schicht zugeteilt wurde. Ihm sei deshalb *keine* Nachtdienstzulage von 25 € gezahlt worden. Aus diesem Grund macht er Verdienstausfall von 25 € geltend.

11

# Aufgabe 5 (Zeugenentschädigung für Polizeibeamte - Verdienstausfall)

Eine Erstattung von Verdienstausfall an Polizeibeamte kommt ausnahmsweise dann in Betracht, wenn aufgrund der Heranziehung Zulagen entfallen (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 22 Rn. 13).

*Muß ein Polizeibeamter aus Anlaß der Terminswahrnehmung seinen Nachtdienst vorzeitig beenden und geht ihm deshalb die Erschwerniszulage "Dienst zur ungünstigen Zeit" für mehrere Stunden verloren, ist ihm die entgangene Nachtdienstzulage als Verdienstausfall zu entschädigen.*

(LG Bad Kreuznach, Beschl. v. 05.06.1992, 2 O 134/92, JurBüro 1992, 633)

Dem Zeugen ist folgende Zeugenentschädigung zu gewähren:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Verdienstausfall, § 22 JVEG (Nachtdienstzulage) | = | 25,00 € |
| Zeitversäumnis, § 20 JVEG  7 Stunden ä 4 € (8:30 - 15:30 Uhr) | = | 28,00 € |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 JVEG  (2 x 4 = 8 km ä 0,35 €) | = | 2,80 € |
| Insgesamt: | = | 55,80 € |

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da der Zeuge seinen Wohnsitz am Terminsort hat (§ 6Abs. 1 JVEG).

12

# Aufgabe 6 (Nachteile in der Haushaltsführung I)

Der Hausmann Günter Müller aus Magdeburg-Olvenstedt ist zu 9:00 Uhr vor das Landgericht Magdeburg als Zeuge geladen. Er fährt mit der Straßenbahn um 8:15 Uhr von zu Hause los, wird um 13:30 Uhr vom Gericht als Zeuge entlassen und ist um 14:30 Uhr wieder zu Hause in Olvenstedt.

In der Anweisungsstelle des Landgerichts macht Herr Müller die „Hausfrauenentschädigung“ geltend, da er einen Mehrpersonenhaushalt führt. Weiter beansprucht er die Straßenbahn­ kosten von 2 x 2,50 € und ein Tagegeld.

Auf Nachfrage erklärt der Zeuge, dass er kein Erwerbersatzeinkommen beziehe. Der Zeuge ist bestimmungsgemäß zu entschädigen.

13

# Aufgabe 6 (Nachteile in der Haushaltsführung I)

Die Entschädigung für Nachteile in der Haushaltsführung ist auch an Hausmänner zu zahlen (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 21 Rn. 1).

Voraussetzung für die Gewährung der Entschädigung ist jedoch, dass der Hausmann oder die Hausfrau kein Erwerbsersatzeinkommen bezieht (§ 21 Satz 2 JVEG). Zudem kann die Entschädigung nur gewährt werden, wenn der Zeuge nicht erwerbstätig ist oder bei einer Teilzeitbeschäftigung außerhalb der regelmäßig vereinbarten Arbeitszeit herangezogen wurde.

Die letzte Stunde ist auf eine volle Stunde aufzurunden (§ 19 Abs. 2 Satz 4 JVEG).

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da der Zeuge seinen Wohnsitz am Terminsort hat (§ 6 Abs. 1 JVEG).

Dem Zeugen ist folgende Zeugenentschädigung zu gewähren:

Entschädigung für Nachteile in der

Haushaltsführung, § 21 JVEG = 119,00 € (7 Stunden ä 17 €, 8:15-14:30 Uhr)

Fahrtkosten, §5 Abs. 1 JVEG = 5,00 € (Straßenbahnfahrscheine 2 x 2,50 €)

Insgesamt: 124,00 €

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da der Zeuge seinen Wohnsitz am Terminsort hat (§ 6 Abs. 1 JVEG).

14

# Aufgabe 7 (Nachteile in der Haushaltsführung II)

Wie Aufgabe 6 mit folgender Abwandlung: Herr Müller ist Empfänger einer Altersrente.

15

# Aufgabe 7 (Nachteile in der Haushaltsführung II)

Einem Zeugen, der ein Erwerbsersatzeinkommen bezieht, kann die Entschädigung für Nachteile in der Haushaltsführung nicht gewährt werden (§ 21 Satz 2 JVEG). Hierzu gehören

z. B. Alters- oder Erwerbsunfähigkeitsrenten, Pensionen, Arbeitslosengeld I, II, Insolvenzgeld, Kurzarbeitergeld, Krankengeld, Mutterschutzgeld (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 21 Rn. 12).

Empfänger von Erwerbsersatzeinkommen ist deshalb nur die Zeitversäumnis nach § 20 JVEG zu erstatten.

Die letzte Stunde ist auf eine volle Stunde aufzurunden (§ 19 Abs. 2 Satz 4 JVEG).

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da der Zeuge seinen Wohnsitz am Terminsort hat (§ 6 Abs. 1 JVEG).

Dem Zeugen ist folgende Zeugenentschädigung zu gewähren:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Zeitversäumnis, § 20 JVEG  (7 Stunden ä 4 €, 8:15 - 14:30 Uhr) | = | 28,00 € |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 1 JVEG  (Straßenbahnfahrscheine 2 x 2,50 €) | = | 5,00 € |
| Insgesamt: | = | 33,00 € |

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da der Zeuge seinen Wohnsitz am Terminsort hat (§ 6 Abs. 1 JVEG).

16

# Aufgabe 8 (Nachteile in der Haushaltsführung III)

Die Hausfrau Doreen Schott aus Magdeburg-Cracau ist als Zeugin am Landgericht Magdeburg tätig. Sitzungsbeginn ist 11:00 Uhr, Sitzungsende ist 16:00 Uhr.

An- und Rückreise erfolgen mit dem Pkw. Die einfache Entfernung beträgt 8 Kilometer. Die Reisezeit beträgt jeweils 30 Minuten.

Neben den Fahrtkosten macht die Zeugin in der Anweisungsstelle Verdienstausfall und die Hausfrauenentschädigung geltend.

Hierzu erklärt sie, dass sie stundenweise als Verkäuferin tätig sei, und zwar montags bis freitags von 8:00 bis 12:00 Uhr. Sie erhalte einen Stundenlohn von 12,50 €. Verdienstausfall macht sie für die Zeit von 10:00 bis 12:00 Uhr unter Vorlage einer Verdienstausfall­ bescheinigung geltend. Für die übrige Zeit die Hausfrauenentschädigung.

Die Zeugin ist bestimmungsgemäß zu entschädigen.

17

# Aufgabe 8 (Nachteile in der Haushaltsführung III)

Die Entschädigung für Nachteile in der Haushaltsführung wird bei teilzeitbeschäftigten Zeugen nur gewährt, wenn die Heranziehung außerhalb ihrer vereinbarten täglichen Arbeitszeit erfolgt

|  |  |
| --- | --- |
| (§ 21 Satz 1 JVEG). Erfolgt die Heranziehung während  § 22 JVEG zu erstatten. | der Arbeitszeit ist Verdienstausfall nach |
| Der Zeugin ist folgende Entschädigung zu gewähren: |  |
| Verdienstausfall, § 22 JVEG = (2 Stunden ä 12,50 € von 10:00 - 12:00 Uhr) | 25,00 € |
| Entschädigung für Nachteile  in der Haushaltsführung, § 21 JVEG = | 85,00 € |
| (5 Stunden ä 17 €, 12:00 - 16:30 Uhr) |  |
| Fahrtkosten, §5 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 JVEG = (2 x 8 = 16 km ä 0,35 €) | 5,60 € |
| Insgesamt: = | 115,60 € |

Hinsichtlich der Entschädigung für Nachteile in der Haushaltsführung (§ 2/ JVEG) war die letzte Stunde wegen § 19 Abs. 2 Satz 4 JVEG aufzurunden.

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da die Zeugin ihren Wohnsitz am Terminsort hat (§ 6 Abs. 1 JVEG).

18

# Aufgabe 9 (Verdienstausfall außerhalb der Heranziehung)

Der Angestellte Florian Meyer aus Stendal wird als Zeuge vor das Landgericht Magdeburg geladen. Die Ladung erfolgt zu 10:00 Uhr, die Entlassung erfolgt um 12:00 Uhr.

Der Reiseantritt ist um 8:30 Uhr erfolgt. Herr Meyer ist um 13:00 Uhr wieder in Stendal. In der Anweisungsstelle macht Herr Meyer folgende Kosten geltend:

1. Verdienstausfall von 8 Stunden ä 16 €
2. Fahrtkosten für 110 km (2 x 55 km)
3. Parkgebühren von 8 €
4. Verpflegungskosten.

Der Zeuge ist bestimmungsgemäß zu entschädigen.

Aus der Verdienstausfallbescheinigung ergibt sich, dass die Arbeitszeit von 8.00 bis 16.30 Uhr dauert, wobei eine halbe Stunde unbezahlte Mittagspause enthalten ist.

Eine Arbeit vor und nach dem Termin ist nicht möglich.

19

# Aufgabe 9 (Verdienstausfall außerhalb der Heranziehung)

Verdienstausfall ist auch für solche Zeiten zu erstatten, während der der Zeuge infolge der Heranziehung seiner beruflichen Tätigkeit nicht nachgehen konnte (§ 19 Abs. 2 Satz 2 JVEG). Kann er infolge der Heranziehung vor oder nach dem Termin seiner Beschäftigung nicht nachgehen, ist deshalb auch hierfür Verdienstausfall zu ersetzen. In der vorzulegenden Verdienstausfallbescheinigung findet sich eine entsprechende Angabe.

Der Zeuge erhält deshalb Verdienstausfall für acht Stunden entschädigt. Die halbstündige unbezahlte Mittagspause ist von der Arbeitszeit abzuziehen (8.00 - 16.30 Uhr = 8,5 Stunden abzüglich 0,5 Stunde Mittagspause).

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da der Zeuge nicht mehr als acht Stunden von seiner Wohnung abwesend ist (§ 6 Abs. 1 JVEG i. V. m. § 4 Abs. 5, § 9 Abs. 4a EStG).

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Dem Zeugen ist folgende Entschädigung zu gewähren: |  | |
| Verdienstausfall, § 22 JVEG (8 Stunden ä 16 €) | = | 128,00 € |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 JVEG (2x55 = 110 km ä 0,35 €) |  | 38,50 € |
| Parkgebühren, § 5 Abs. 2 S. 1 JVEG | = | 8,00 € |
| Insgesamt: | = | 174,50 € |

20

# Aufgabe 10 (Verdienstausfall und Auslöse)

Der Arbeiter Sebastian Stark aus Magdeburg-Neustadt ist zu 11:00 Uhr vor das Landgericht Magdeburg als Zeuge geladen und wird um 14:00 Uhr entlassen. Die Reisezeit beträgt jeweils eine halbe Stunde.

In der Anweisungsstelle des Landgerichts legt Herr Stark eine Verdienstausfallbescheinigung vor.

Daraus ergibt sich, dass er am Verhandlungstag von 8:00 bis 16:30 Uhr gearbeitet hätte, wobei eine unbezahlte Mittagspause von 12:00 bis 12:30 Uhr enthalten ist. Der Verdienstausfall beträgt 16 € je Stunde, hinzukommen einmalig 15 € Auslöse für den Tag. Eine Arbeit ist vor und nach dem Termin nicht möglich.

Weiter macht Herr Stark Fahrtkosten mit dem Motorrad von jeweils 5 Kilometern geltend. Der Zeuge ist bestimmungsgemäß zu entschädigen.

21

# Aufgabe 10 (Verdienstausfall und Auslöse)

Erleidet der Zeuge einen Verdienstausfall, sind ihm im Rahmen des § 22 JVEG auch Zuschläge oder die Auslöse zu erstatten, wobei die Höchststundensätze des § 22 JVEG nicht überschritten werden dürfen (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 22 Rn. 5).

Für die unbezahlte Mittagspause ist keine Entschädigung zu gewähren (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 22 Rn. 3).

Dem Zeugen ist folgende Zeugenentschädigung zu gewähren:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Verdienstausfall, § 22 JVEG (8 Stunden ä 16 €) | - | 128,00 € |
| Auslöse, § 22 JVEG | = | 15,00€ |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 JVEG = (2x5 = 10 km ä 0,35 €) |  | 3,50 € |
| Insgesamt: | = | 146,50 € |
| Da die Höchstsätze des § 22 Satz 1 | JVEG | nicht überschritten werden dürfen, können für |
| Verdienstausfall und Auslöse höchstens 8  wird nicht überschritten. | x 25 | € = 200 € erstattet werden. Dieser Höchstsatz |

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da der Zeuge seinen Wohnsitz am Terminsort hat (§ 6 Abs. 1 JVEG).

22

# Aufgabe 11 (Schmutz- und Gefahrenzulage)

Der Monteur Karsten Schmidt aus Salzwedel ist vor das Landgericht Magdeburg um 9:30 Uhr als Zeuge geladen und wird nach der Vernehmung um 12:00 Uhr entlassen.

In der Anweisungsstelle macht Herr Schmidt folgende Kosten geltend:

Verdienstausfall von 6:00 bis 14:30 Uhr zu je 15 € je Stunde zuzüglich einer Schmutzzulage von 1,50 € pro Stunde und einer Gefahrenzulage von 1 € je Stunde. In der vorgelegten Verdienstausfallbescheinigung ist zudem eine unbezahlte Mittagspause von 12:00 bis 12:30 Uhr ausgewiesen. Eine Arbeit ist vor und nach dem Termin nicht möglich.

Außerdem macht Herr Schmidt Fahrtkosten mit dem Pkw von jeweils 108 Kilometern und Parkgebühren von 5 € geltend.

Die Anreise ist um 8:00 Uhr erfolgt, die Rückreise wird um 14:30 Uhr beendet sein. Der Zeuge ist bestimmungsgemäß zu entschädigen.

23

# Aufgabe 11 (Schmutz- und Gefahrenzulage)

Zulagen sind dem Zeugen im Rahmen des § 22 JVEG zu erstatten, sodass der dortige Stundenhöchstsatz nicht überschritten werden darf (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 22 Rn. 5).

Unbezahlte Pausen sind nicht zu entschädigen (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 22 Rn. 3). Dem Zeugen ist folgende Zeugenentschädigung zu gewähren:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Verdienstausfall, § 22 JVEG |  | |
| - Stundenlohn: 8 Stunden ä 15 € | = | 120,00€ |
| - Schmutzzulage: 8 Stunden ä 1,50 € | = | 12,00€ |
| - Gefahrenzulage: 8 Stunden ä 1 € | = | 8,00€ |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 JVEG  (2 x 108 = 216 km ä 0,35 €) | = | 75,60 € |
| Parkgebühren, § 5 Abs. 2 S. 1 JVEG | = | 5,00 € |

Insgesamt: = 220,60 €

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da der Zeuge nicht mehr als acht Stunden von seiner Wohnung abwesend ist (§ 6 Abs. 1 JVEG i. V. m. § 4 Abs. 5, § 9 Abs. 4a EStG).

24

# Aufgabe 12 (Entschädigung bei Zeugnisverweigerung I)

Die Rentnerin Gerda Müller aus Haldensleben ist als Zeugin in der Strafsache gegen ihren Ehemann Bernd Müller vor das Landgericht Magdeburg zu 11:00 Uhr geladen.

Sie erklärt vor ihrer Vernehmung, dass sie die Aussage verweigere. Sie wird daraufhin vom Gericht als Zeugin um 11:15 Uhr entlassen.

In der Anweisungsstelle macht sie Zeitversäumnis sowie Fahrtkosten mit der Bahn von 30 € und zwei Straßenbahnfahrscheine von je 2,50 € geltend.

Reiseantritt war um 9:15 Uhr, ihre Wohnung erreicht die Zeugin wieder um 13:30 Uhr. Der Anspruch von Frau Müller ist zu prüfen und ggf. die Entschädigung vorzunehmen.

25

# Aufgabe 12 (Entschädigung bei Zeugnisverweigerung I)

Zeugen, die ihre Aussage verweigern, verlieren ihren Entschädigungsanspruch nicht, wenn sie zur Zeugnisverweigerung berechtigt sind.

In Zivilsachen ergibt sich ein Zeugnisverweigerungsrecht aus § 383 ZPO, in Strafsachen aus

§ 52 StPO.

Die Entschädigung für die Zeitversäumnis ist auf volle fünf Stunden aufzurunden (§ 19 Abs. 2 Satz 4 JVEG).

Der Zeugin ist folgende Entschädigung zu gewähren:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Zeitversäumnis, § 20 JVEG  (5 Stunden ä 4 €, 9:15 - 13:30 Uhr) | = | *20,00 €* |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 1 JVEG |  |  |
| - Bahnfahrkarte | = | *30,00 €* |
| - Straßenbahnfahrscheine (2 x 2,50 €) | = | *5,00 €* |
| Insgesamt: | = | 55,00 € |

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da der Zeuge seinen Wohnsitz am Terminsort hat (§ 6 Abs. 1 JVEG).

26

# Aufgabe 13 (Entschädigung bei Zeugnisverweigerung II)

Abwandelung zu Aufgabe 12.

Die Zeugin macht in einer Zivilsache persönliche Gründe für ein Zeugnisverweigerungsrecht nach § 383 ZPO geltend.

Wegen dieses Zwischenstreits findet eine mündliche Anhörung der Parteien statt. Zu diesem (gesonderten) Anhörungstermin wird auch Frau Müller zu 9:00 Uhr geladen. Der Termin wird um 10:30 Uhr beendet.

In der Anweisungsstelle macht sie für diesen Termin die Entschädigung für Zeitversäumnis sowie Fahrtkosten mit der Bahn von 30 € und zwei Straßenbahnfahrscheine von je 2,50 € geltend.

Reiseantritt war um 7:00 Uhr, ihre Wohnung erreicht die Zeugin wieder um 12:30 Uhr. Der Anspruch von Frau Müller ist zu prüfen und ggf. die Entschädigung vorzunehmen.

27

# Aufgabe 13 (Entschädigung bei Zeugnisverweigerung II)

In dem Zwischenstreit über die Rechtmäßigkeit der Zeugnisverweigerung (§§ 387 bis 389 ZPO) ist der Zeuge Partei, so dass für ihn (nur) insoweit kein Entschädigungsanspruch nach dem JVEG besteht (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 19 Rn. 7 f.).

In dem Zwischenurteil ist über die Kosten der Parteien zu entscheiden. Ihm Rahmen dieser Kostenentscheidung, muss Frau Müller ihre Reisekosten nach § 91 ZPO im Kostenfest­ setzungsverfahren geltend machen.

Eine Entschädigung ist Frau Müller folglich für den Anhörungstermin nicht zu gewähren.

Sie ist von der Anweisungsstelle jedoch schriftlich auf die Möglichkeit der gerichtlichen Festsetzung nach § 4 JVEG hinzuweisen, denn die Verpflichtung zur Rechtsbehelfs-belehrung des § 4c JVEG gilt auch für die Festsetzung im Verwaltungswege durch den Anweisungsbeamten (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 4c Rn. 2).

28

# Aufgabe 14 (Entschädigungsverzichtserklärung)

Der Busfahrer Herbert Naumann aus Zeitz ist als Zeuge vor das Landgericht Magdeburg zu 13:00 Uhr geladen und wird nach seiner Vernehmung um 14:30 Uhr entlassen.

Er macht später schriftlich eine Zeugenentschädigung geltend. Er verlangt Verdienstausfall von acht Stunden zu je 19 € sowie Fahrtkosten mit dem Pkw (2 x 156 Kilometer). Die Anreise ist um 10:30 Uhr und die Rückkehr in die Wohnung ist um 17:00 Uhr erfolgt.

Die Akte wird der Anweisungsstelle beim Landgericht Magdeburg vorgelegt, die darin eine vom Zeugen Naumann unterschriebene Zeugenentschädigungsverzichtserklärung findet. In dieser erklärt Herr Naumann: *„Ich verzichte auf die Geltendmachung von Zeugenentschädigung.“*

Der Entschädigungsanspruch ist zu prüfen.

29

# Aufgabe 14 (Entschädigungsverzichtserklärung)

Hat der Zeuge auf seine Entschädigung verzichtet, erlischt sein Entschädigungsanspruch gegenüber der heranziehenden Stelle. Der Zeuge kann den Verzicht auf einzelne Entschädigungspunkte beschränken (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 19 Rn. 19).

Die Verzichtserklärung wird wirksam mit Eingang bei der heranziehenden Stelle. Sie kann danach nicht mehr widerrufen, sondern nur nach bürgerlichem Recht (z. B. wegen Täuschung, Drohung, Erklärungsirrtum) angefochten werden (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 19 Rn. 22).

Eine Entschädigung ist dem Zeugen deshalb nicht zu gewähren.

Der Zeuge ist von der Anweisungsstelle jedoch schriftlich auf die Möglichkeit der gerichtlichen Festsetzung nach § 4 JVEG hinzuweisen, denn die Verpflichtung zur Rechtsbehelfsbelehrung des § 4c JVEG besteht auch für die Festsetzung im Verwaltungs-wege durch den Anweisungsbeamten (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 4c Rn. 2).

Wurde trotz vorliegender Verzichtserklärung versehentlich eine Zeugenentschädigung gezahlt, ist diese vom Zeugen zurückzufordern, da dieser unrechtmäßig bereichert ist. Wird nach freiwilliger Aufforderung, die unter angemessener Fristsetzung erfolgt, nicht gezahlt, ist der Betrag mit Annahmeanordnung vom Zeugen zurückzufordern, da die Ansprüche nach § 1 Abs. 1 Nr. 8 JBeitrG einzutreiben sind (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 19 Rn. 20).

30

# Aufgabe 15 (Taxibenutzung I)

Die Hausfrau Heidrun Schmidt aus Magdeburg-Westerhüsen wird zu 9:00 Uhr vor das Landgericht Magdeburg als Zeugin geladen und als solche um 13:30 Uhr entlassen.

Sie gibt an, sich wegen ihrer Kinder morgens in der Zeit verschätzt zu haben und daher eine Taxe für die Fahrt zum Gericht genommen zu haben, um noch rechtzeitig erscheinen zu können.

Sie ist um 8:40 Uhr mit dem Taxi losgefahren und wird nach ihrer Vernehmung mit der Straßenbahn um 14:30 Uhr wieder in ihrer Wohnung sein. Die einfache Entfernung zwischen der Wohnung der Zeugin und dem Landgericht Magdeburg beträgt 10 Kilometer.

Als Entschädigung macht sie geltend:

1. Taxikosten von 13 €
2. Straßenbahnkosten von 2,50 €
3. Entschädigung für Nachteile in der Haushaltsführung.

Die Zeugin ist bestimmungsgemäß zu entschädigen.

31

# Aufgabe 15 (Taxibenutzung I)

* 1. Taxikosten

Eine Erstattung von Taxikosten kann nur nach Maßgabe des § 5 Abs. 3 JVEG erfolgen, wenn dadurch Mehrbeträge an Vergütung oder Entschädigung erspart werden oder höhere Fahrtkosten wegen besonderer Umstände notwendig sind. Liegen die Gründe für die Taxinutzung hingegen allein bei der Zeugin, kommt eine Erstattung nicht in Betracht.

Im vorliegenden Fall hat allein die Zeugin die Benutzung des Taxis zu verantworten. Sie wurde rechtzeitig geladen und es war ihr auch zumutbar, die Kinder vor dem Termin in den Kindergarten oder in die Schule zu bringen.

Die Taxikosten können deshalb nicht in voller Höhe erstattet werden. § 5 Abs. 2 Satz 3 JVEG bestimmt, dass bei Benutzung eines Kraftfahrzeugs, das nicht zu den Fahrzeugen nach § 5 Abs. 1 oder Abs. 2 Satz 1 JVEG zählt, die tatsächlich entstandenen Auslagen bis zur Höhe der in § 5 Abs. 2 Satz 1 JVEG genannten Fahrtkosten ersetzt werden.

Für die *Hinfahrt* können der Zeugin deshalb lediglich 3,50 € (10 km ä 0,35 €) erstattet werden.

* 1. Entschädigung für Nachteile in der Haushaltsführung

Die Voraussetzung für die Gewährung der Entschädigung nach § 21 JVEG liegen vor, da die Zeugin erwerbslos ist, kein Erwerbsersatzeinkommen bezieht und einen Mehrpersonenhaus­ halt führt.

Die Abwesenheit beträgt 5 Stunden und 50 Minuten, so dass eine Aufrundung auf sechs Stunden erfolgt (§ 19 Abs. 2 Satz 4 JVEG).

Der Zeugin ist folgende Entschädigung zu gewähren:

Entschädigung für Nachteile in der Haushaltsführung, § 21 JVEG = 102,00 € (6 Stunden ä 17 €, 8:40 - 14:30 Uhr)

Fahrtkosten für Hinfahrt, § 5 Abs. 2 Satz 1, 3 JVEG = 3,50 €

(1 x 10 km ä 0,35 €)

Straßenbahnkosten (Rückfahrt), § 5 Abs. 1 JVEG = 2,50 € (1 x2,50€)

Insgesamt: = 108,00 €

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da die Zeugin ihren am Terminsort hat (§ 6 Abs. 1 JVEG).

32

# Aufgabe 16 (Taxibenutzung II)

Der 85jährige Rentner Erich Stein aus Magdeburg-Sudenburg wird in einer Strafsache zu 9:00 Uhr vor das Landgericht Magdeburg als Zeuge geladen und als solcher um 12:10 Uhr entlassen.

Er gibt an, dass er aus gesundheitlichen Gründen ein Taxi für die Hinfahrt genommen habe und bittet darum, ihm auch für die Rückfahrt ein Taxi zu bestellen, da er nicht mehr so gut zu Fuß sei.

Er ist um 8:00 Uhr mit dem Taxi losgefahren und wird bei Rückfahrt mit dem Taxi um 12:45 Uhr wieder in seiner Wohnung sein.

Als Entschädigung macht er Taxikosten von 2 x 13 € geltend.

Er fragt außerdem nach, ob er für die aufgewendete Zeit eine Entschädigung erhält. Zudem habe er sich vor dem Termin für 2 € noch etwas zu Trinken gekauft.

Der Zeuge ist bestimmungsgemäß zu entschädigen.

33

# Aufgabe 16 (Taxibenutzung II)

Eine Erstattung von Taxikosten kann nur nach Maßgabe des § 5 Abs. 3 JVEG erfolgen, wenn dadurch Mehrbeträge an Vergütung oder Entschädigung erspart werden oder höhere Fahrtkosten wegen besonderer Umstände notwendig sind.

Besondere Umstände sind z. B. auch Krankheit, Alter oder Gebrechlichkeit des Zeugen (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 5 Rn. 52), die bei dem Zeugen vorliegen.

Die Taxikosten sind deshalb zu erstatten, wenn sie durch Quittung nachgewiesen werden, wobei für die Rückfahrt, eine besondere Quittung nicht erforderlich ist, wenn eine solche für die Hinfahrt vorgelegt wurde und für die Rückreise dieselben Kosten entstehen werden.

Die Voraussetzung für die Gewährung der Entschädigung nach § 21 JVEG liegen nicht vor, da der Zeuge als Rentner ein Erwerbsersatzeinkommen bezieht. Es ist jedoch eine Nachteilsentschädigung für Zeitversäumnis nach § 20 JVEG zu gewähren.

Die Abwesenheit beträgt vier und eine dreiviertel Stunde, so dass eine Aufrundung auf fünf Stunden vorzunehmen ist (§ 19 Abs. 2 Satz 4 JVEG).

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da der Zeuge seinen Wohnsitz am Terminort hat (§ 6 Abs. 1 JVEG).

Dem Zeugen ist folgende Entschädigung zu gewähren:

Entschädigung für Zeitversäumnis, § 20 JVEG (5 Stunden ä 4 €, 8:00 - 12:45 Uhr)

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| = | 20,00 | € |
| = | 26,00 | € |
| = | 46,00 | € |

Taxikosten, § 5 Abs. 3 JVEG

(2 x 13 €)

Insgesamt:

34

# Aufgabe 17 (Mitfahrer)

Die Rentner und Eheleute Erwin und Erna Schmidt aus Drewitz sind beide als Zeugen vor das Landgericht Magdeburg zu 10:00 Uhr geladen. Herr Schmidt wird um 11:30 Uhr entlassen, Frau Schmidt wird um 12:00 Uhr entlassen.

Die Anreise haben beide um 9:00 Uhr begonnen und beide werden gegen 13:00 Uhr wieder in Drewitz ankommen.

Beide erscheinen in der Anweisungsstelle und machen neben der Zeitversäumnis auch Fahrtkosten mit dem Pkw von jeweils 51 Kilometern und Parkgebühren von 5 € geltend. Auf Nachfrage erklärt Herr Schmidt, dass beide in einem Pkw angereist seien, welches seine Frau gefahren sei.

Die Zeugen sind bestimmungsgemäß zu entschädigen.

35

# Aufgabe 17 (Mitfahrer)

Wird ein Pkw durch mehrere Personen benutzt, kann die Pauschale nur einmal gewährt werden (§ 5 Abs. 2 Satz 2 JVEG). Das gilt auch bei der Anreise von Ehegatten oder für den Fall, dass der Zeuge in seinem Pkw noch weitere Zeugen mitnimmt (Schneider, JVEG, 4. Aufl.,

§ 5 Rn. 32).

Die Wartezeit des Ehemannes, der eine halbe Stunde vor seiner Ehefrau entlassen wurde, ist mit zu entschädigen. Die Wartezeit war wegen der gemeinsamen Anreise notwendig. Abgesehen davon, dass bei einer getrennten An- und Abreise eine höhere Entschädigung zu zahlen wäre, wird es den Eheleuten wohl im Regelfall zuzubilligen sein, die An- und Abreise gemeinsam anzutreten.

Den Zeugen ist folgende Zeugenentschädigung zu gewähren:

Erna Schmidt

Zeitversäumnis, § 20 JVEG

|  |  |
| --- | --- |
| = | 16,00 € |
| = | 35,70€ |
| = | 5,00€ |
| = | 56,70€ |

(4 Stunden ä 4 €, 9:00 - 13:00 Uhr)

Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 JVEG (2x51 = 102 km ä 0,35 €)

Parkgebühren, § 5 Abs. 2 S. 1 JVEG

Insgesamt:

Erwin Schmidt

Zeitversäumnis, § 20 JVEG = 16,00 € (4 Stunden ä 4 €, 9:00 - 13:00 Uhr)

Insgesamt: = 16,00 €

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da die beiden Zeugen jeweils nicht mehr als acht Stunden von ihrer Wohnung abwesend sind (§ 6 Abs. 1 JVEG r. V. m. § 4 Abs. 5, § 9 Abs. 4a EStG).

36

# Aufgabe 18 (Anreise von anderem Ort I)

Der Arbeiter Martin Meyer aus Schönebeck wird als Zeuge vor das Landgericht Magdeburg zu 10:00 Uhr geladen. Er wird in dieser Eigenschaft um 14:00 Uhr entlassen.

In der Anweisungsstelle erklärt Herr Meyer, dass er sich zurzeit aus beruflichen Gründen in Berlin aufhalte und deshalb auch von dort angereist sei und heute auch wieder nach Berlin zurückfahren müsse. Die einfache Entfernung Berlin - Magdeburg betrage 160 Kilometer. Eine vorherige Anzeige an das Gericht sei nicht erfolgt.

Die Anreise aus Berlin wurde um 7:30 Uhr angetreten, die Rückreise nach Berlin wird um 16:30 Uhr beendet sein.

Er macht Fahrtkosten mit dem Pkw von jeweils 160 Kilometern geltend. Weiter macht er Verdienstausfall für acht Stunden zu 15 € je Stunde geltend. Da er am heutigen Morgen nicht zur Baustelle kommen konnte, sei eine Arbeit an diesem Tag nicht möglich.

Die einfache Strecke Magdeburg - Schönebeck beträgt 25 Kilometer und kann in einer halben Stunde zurückgelegt werden.

Der Zeuge ist bestimmungsgemäß zu entschädigen.

37

# Aufgabe 18 (Anreise von anderem Ort I)

Wird die Reise zur Gerichtsstelle von einem anderen als in dem in der Ladung bezeichneten Ort angetreten, sind die Mehrkosten zu erstatten, wenn der Herangezogene dies dem Gericht unverzüglich mittteilt und keine Abladung erfolgt. Im Übrigen erfolgt eine Erstattung der Mehrkosten nach billigem Ermessen nur dann, wenn der Berechtigte zu diesen Fahrten durch besondere Umstände gezwungen war (§ 5 Abs. 5 JVEG).

Eine rechtzeitige Anzeige und besondere Umstände liegen nicht vor. Es sind nur die Fahrtkosten von Schönebeck nach Magdeburg und zurück zu erstatten.

Dem Zeugen ist folgende Zeugenentschädigung zu gewähren:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Verdienstausfall, § 22 JVEG (8 Stunden ä 15 €) | = | 120,00 € |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 JVEG  (2 x 25 = 50 km ä 0,35 €) | = | 17,50 € |
| Insgesamt: | = | 137,50 € |
| Eine Kürzung bei dem Verdienstausfall ist | nicht | vorzunehmen, da dieser auch bei der Anreise |

von Schönebeck aus in dieser Höhe entstanden wäre.

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da die Abwesenheit des Zeugen ausgehend vom Ladungsort nicht mehr als 8 Stunden betragen würde.

Der Zeuge ist von der Anweisungsstelle schriftlich auf die Möglichkeit der gerichtlichen Festsetzung nach § 4 JVEG hinzuweisen, denn die Verpflichtung zur Rechtsbehelfs-belehrung des § 4c JVEG gilt auch für die Festsetzung im Verwaltungswege durch die Anweisungsstelle (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 4c Rn. 2).

38

# Aufgabe 19 (Anreise von anderem Ort II)

Wie Aufgabe 18 mit folgender Abwandlung:

Der Zeuge wird durch die Anweisungsbeamten noch einmal zu dem Richter in den Verhandlungssaal geschickt. Der Richter bescheinigt auf der Kassenanweisung, dass der Zeuge auch von seinem jetzigen Aufenthalt in Berlin hätte anreisen müssen.

39

# Aufgabe 19 (Anreise von anderem Ort II)

Die in § 5 Abs. 5 JVEG vorgeschriebene unverzügliche Mitteilung durch den Heranziehen-den, dass die Anreise von einem Ort aus erfolgen wird, soll der heranziehenden Stelle auch die Prüfung ermöglichen, ob eine Abladung des Zeugen und einer Vernehmung im Wege der Rechtshilfe angezeigt erscheint. Kommt das Gericht dabei zu dem Ergebnis, dass es auch bei Kenntnis der Anreise von dem anderen Ort die Vernehmung am Gerichtsort durchgeführt hätte, sind die Mehrkosten zu erstatten (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 5 Rn. 70).

Wegen dieser Feststellung sind die Fahrtkosten von Berlin nach Magdeburg und zurück zu erstatten.

Dem Zeugen ist folgende Zeugenentschädigung zu gewähren:

Verdienstausfall, § 22 JVEG = (8 Stunden ä 15 €)

120,00 €

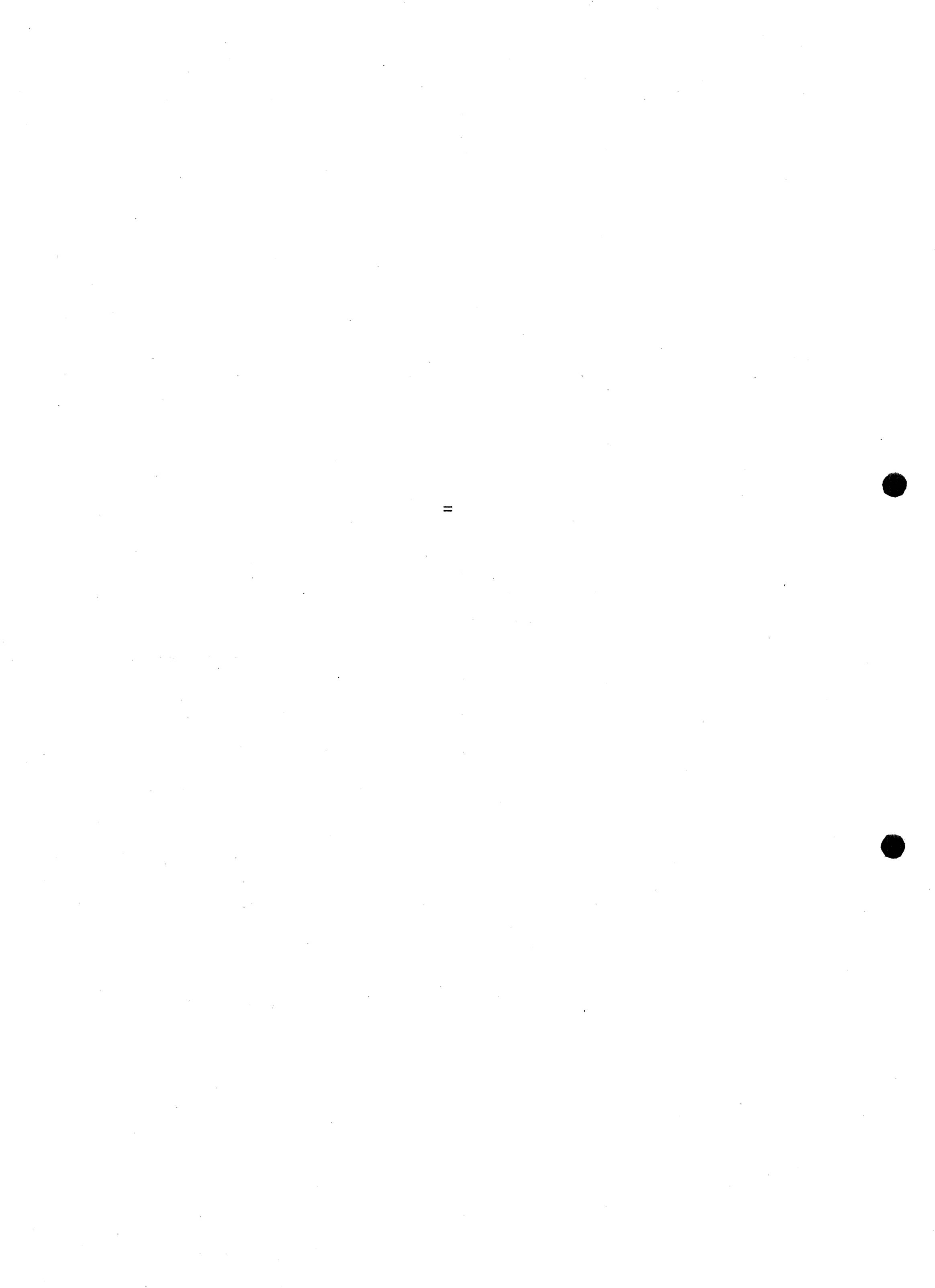
Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 JVEG =

(2 x 160 = 320 km ä 0,35 €)

112,00 €

Tagegeld, § 6 Abs. 1 JVEG (Abwesenheit von Berlin: 9 Stunden)

14,00 €



Insgesamt: = 246,00 €

(Ebenso wäre zu verfahren, wenn der Zeuge gegenüber dem ladenden Gericht rechtzeitig nach Erhalt der Ladung angezeigt hätte, dass die An- und Rückreise von bzw. nach Berlin erfolgt.)

40

# Aufgabe 20 (Anreise vom Urlaubsort)

Der Maler Bernd Müller aus Magdeburg-Salbke wird vor das Landgericht Magdeburg als Zeuge um 11:00 Uhr geladen und um 14:00 Uhr entlassen.

In der Anweisungsstelle erklärt Herr Müller, dass er von Annaberg-Buchholz, seinem Urlaubsort, um 8:00 Uhr losgefahren sei und dort gegen 17:00 Uhr wieder ankommen werde. Er macht neben der Zeitversäumnis Fahrtkosten mit dem Pkw von jeweils 265 Kilometern, Parkgebühren von 5 € und Verpflegungskosten geltend.

Da auf der Kassenanweisung nichts von Annaberg-Buchholz steht, sondern Magdeburg als Ladungsort vermerkt ist, fragt die Anweisungsbeamtin nach.

Herr Müller erklärt, dass er bei Erhalt der Ladung bereits eine Urlaubsreise in das Erzgebirge gebucht hatte. Er hat deshalb am nächsten Tag nach Erhalt der Ladung auf der Geschäftsstelle angerufen und erklärt, dass er die Reise von Annaberg-Buchholz aus antreten werde.

Da der Verhandlungstermin bereits beendet ist, kann die Anweisungsbeamtin Einsicht in die Strafakte nehmen und findet dort auch einen Vermerk der Serviceeinheit über den Telefonanruf. Die Justizangestellte Fleißig erklärt auf Nachfrage der Anweisungsbeamtin, sie habe leider vergessen, die Kassenanweisung zu berichtigen.

Der Zeuge ist bestimmungsgemäß zu entschädigen.

41

# Aufgabe 20 (Anreise vom Urlaubsort)

Wird die Anreise aus dem Urlaubsort rechtzeitig angezeigt, so sind die Mehrkosten zu erstatten, und zwar auch dann, wenn nach der Anzeige keine ausdrückliche Genehmigung durch die heranziehende Stelle erfolgt ist (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 5 Rn. 72 f.). Eine Antwort braucht der Zeuge nicht abzuwarten (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 5 Rn. 73).

Dem Zeugen ist folgende Zeugenentschädigung zu gewähren:

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Zeitversäumnis, § 20 JVEG  (9 Stunden ä 4 €, 8:00 - 17:00 Uhr) |  |  | = | 36,00 € |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr.  (2 x265 = 530 km ä 0,35 €) | 1 | JVEG | = | 185,50 € |
| Parkgebühren, § 5 Abs. 2 S. 1 JVEG |  |  | = | 5,00 € |
| Tagegeld, §6 Abs. 1 JVEG |  |  |  | 14,00 € |
| Insgesamt: |  |  | = | 240,50 € |

42

# Aufgabe 21 (Kinderbetreuungskosten)

Die arbeitslose Karin Meyer aus Wittenberg wird vor das Landgericht Magdeburg zu 10:00 Uhr als Zeugin geladen und in dieser Eigenschaft vom Gericht um 13:00 Uhr entlassen.

Die Anreise hat die Zeugin um 8:00 Uhr angetreten, die Rückreise wird gegen 15:00 Uhr beendet sein.

In der Anweisungsstelle macht sie Zeitversäumnis und Fahrtkosten mit dem Pkw von jeweils 87 Kilometern geltend.

Weiter erklärt sie, dass sie für ihr sechs Monate altes Baby heute eine Betreuungsperson beauftragt habe, da sie das Kleinkind nicht zur Gerichtsstelle mitbringen wollte. Sie gibt an, hierfür pro Stunde 12 € zu zahlen. Sie legt eine Bescheinigung vor, aus der sich der vereinbarte Stundensatz ergibt, der konkrete Betrag ist nicht angegeben, weil die Abwesenheitsdauer noch nicht feststand.

Frau Meyer bitte auch um Erstattung der Betreuungskosten. Die Ansprüche der Zeugin sind zu prüfen.

43

# Aufgabe 21 (Kinderbetreuungskosten)

Kosten für die Kinderbetreuung sind Vertreterkosten nach § 7 Abs. 1 S. 2 JVEG zu erstatten. Der Zeugin ist folgende Zeugenentschädigung zu gewähren:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Zeitversäumnis, § 20 JVEG  (7 Stunden ä 4 €, 8:00 - 15:00 Uhr) | = | 28,00 € |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 JVEG (2x87 = 174 km ä0,35€) | = | 60,90 € |
| Kinderbetreuungskosten, § 7 Abs. 1 S. 2 JVEG  (7 Stunden ä 12 €) | = | 84,00 € |
| Insgesamt: | = | 172,90 € |

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da die Zeugin nicht mehr als acht Stunden von ihrer Wohnung abwesend sind (§ 6 Abs. 1 JVEG i. V. m. § 4 Abs. 5, § 9 Abs. 4a EStG).

44

# Aufgabe 22 (Begleitperson I)

Der 10-jährige Elias Lehmann aus Magdeburg-Kannenstieg wird in einer Strafsache als Zeuge vor das Landgericht Magdeburg zu 9:00 Uhr geladen und um 10:00 Uhr entlassen. Der junge Zeuge wird von seiner Mutter, der Angestellten Sabine Lehmann, begleitet.

Beide erscheinen in der Anweisungsstelle des Landgerichts Magdeburg.

Frau Lehmann erklärt, dass ihr wegen der Teilnahme an der Verhandlung ein Verdienstausfall von 5 Stunden zu 13 € je Stunde entstanden sei. Ihr Sohn hat heute drei Schulstunden versäumt, da sie ihn erst nach dem Termin in die Schule bringen könne.

Angereist seien beide mit der Straßenbahn. Für die An- und Rückreise werde sie zwei Erwachsenenfahrscheine zu je 2,50 € und zwei Kinderfahrscheine zu je 1,80 € benötigen.

Die Anreise hat um 8:00 begonnen. Elias wird um 11:00 Uhr in der Schule ankommen. Der Zeuge ist bestimmungsgemäß zu entschädigen.

45

# Aufgabe 22 (Begleitperson I)

Die Kosten für notwendige Begleitpersonen sind nach § 7 Abs. 1 S. 2 JVEG zu erstatten. Wird ein Minderjähriger herangezogen, so können auch die Kosten für die Begleitung durch einen Elternteil als notwendig angesehen werden (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 7 Rn. 46).

Eine Begrenzung der der zu erstattenden Kosten für die Begleitung sieht § 7 Abs. 1 S. 2 JVEG nicht vor, so dass die Begleitperson nicht an die Höchstsätze des JVEG gebunden ist (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 7 Rn. 43 f.).

Einem Schüler ist Zeitversäumnis (§ 20 JVEG) zu erstatten (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 20 Rn. 14).

Dem Zeugen ist folgende Zeugenentschädigung zu gewähren:

Zeitversäumnis, § 20 JVEG = 12,00 € (3 Stunden ä 4 €, 8:00 - 11:00 Uhr)

Fahrtkosten, § 5 Abs. 1 JVEG = 8,60 €

(2 x 2,50 € und 2 x 1,80 €)

Kosten für notwendige Begleitung, = 65,00 €

§ 7 Abs. 1 S. 2 JVEG

(Verdienstausfall der Mutter von 5 Stunden ä 13 €)

Insgesamt: = 85,60 €

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da der Zeuge seinen Wohnsitz am Terminsort hat (§ 6 Abs. 1 JVEG).

46

# Aufgabe 23 (Begleitperson II)

Die 65-jährige Rentnerin Erna Schulze aus Magdeburg-Reform wird in einer Strafsache als Zeugin vor das Landgericht Magdeburg zu9:00 Uhr geladen und um 13:00 Uhr entlassen.

Da die Zeugin schwerbehindert ist, wird sie von ihrem Sohn, den Angestellten Bernd Schulze aus Oschersleben, zum Termin begleitet.

Beide erscheinen in der Anweisungsstelle des Landgerichts Magdeburg.

Herr Schulze erklärt dort, dass seine Begleitung wegen der Krankheit seiner Mutter notwendig gewesen sei. Ihm sei für den heutigen Tag ein Verdienstausfall von 8 Stunden zu 19 € je Stunde entstanden. Eine Arbeit sei vor oder nach dem Termin nicht möglich.

Angereist seien beide mit dem Pkw des Herrn Schulze. Da er erst aus Oschersleben anreisen musste und nach dort wieder zurückfahren werde, sobald er seine Mutter nach Hause gefahren habe, macht er jeweils 40 Kilometer geltend, wobei 33 Kilometer auf die Reise von Oschersleben in die Wohnung seiner Mutter entfallen.

Er habe seine Mutter um 8:30 Uhr von zu Hause abgeholt und werde sie gegen 13:30 Uhr dorthin wieder zurückbringen.

Die Zeugin ist bestimmungsgemäß zu entschädigen.

47

# Aufgabe 23 (Begleitperson II)

Die Kosten für notwendige Begleitpersonen sind nach § 7 Abs. 1 S. 2 JVEG zu erstatten. Eine Notwendigkeit kann wegen Alters oder Krankheit gegeben sein, sodass die Kosten für die erforderliche Begleitung zu erstatten sind (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 7 Rn. 47).

Neben Verdienstausfall sind auch die Auslagen (§§ 5 bis 7 JVEG) zu erstatten, die der Begleitperson entstanden sind (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 7 Rn. 44).

Der Zeugin ist folgende Zeugenentschädigung zu gewähren:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Zeitversäumnis, § 20 JVEG  (5 Stunden ä 4 €, 8:30 - 13:30 Uhr) | = | 20,00 € |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr.1 JVEG  (2 x40 = 80 km ä 0,35 €) | = | 28,00 € |
| Kosten für notwendige Begleitung,  § 7 Abs. 1 S. 2 JVEG  (Verdienstausfall des Sohnes, 8 Stunden ä 19 €) | = | 152,00 € |
| Insgesamt: |  | 200,00 € |

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da die Zeugin ihren Wohnsitz am Terminsort hat (§ 6 Abs. 1 JVEG).

48

# Aufgabe 24 (Begleitperson III)

Die 35-jährige Ulrike Behns aus Magdeburg-Olvenstedt wird als Zeugin vor das Landgericht Magdeburg zu 9:00 Uhr geladen und um 13:00 Uhr entlassen. Für die Zeugin ist ein gerichtlicher Betreuer, Herr Lehmann aus Magdeburg-Eichenweiler, bestellt. Dieser nimmt an der Gerichtsverhandlung teil

Beide erscheinen in der Anweisungsstelle des Landgerichts Magdeburg.

Herr Lehmann erklärt, dass die Zeugin von dem Behindertenwohnheim um 8:00 Uhr mit der Straßenbahn losgefahren sei und dort gegen 14:00 Uhr wieder ankommen wird.

Fahrtkosten seien nicht entstanden, da die Betreute wegen ihrer Schwerbehinderung über eine Freifahrtberechtigung verfüge.

Sie arbeite in einer Behindertenwerkstatt. Hierfür legt Herr Lehmann eine Verdienstausfall­ bescheinigung vor. Aus dieser geht hervor, dass Frau Behns einen Verdienstausfall von 4 Stunden zu je 12 € erlitten hat.

Weiter erklärt Herr Lehmann, dass ihm aus Anlass der Terminteilnahme ein Verdienstausfall für den Zeitraum von 8:30 bis 14:30 Uhr von 19 € je Stunde entstanden sei. Er sei mit dem Pkw angereist und mache hierfür jeweils 6 Kilometer geltend. Er bittet um Erstattung dieser Kosten.

Die Zeugin ist bestimmungsgemäß zu entschädigen.

49

# Aufgabe 24 (Begleitperson III)

Eine Erstattung von Begleitkosten nach § 7 Abs. 1 S. 2 JVEG scheidet aus, wenn der Betreuer des Zeugen diesen zum Termin begleitet (Scheider, JVEG, 4. Aufl., § 7 Rn. 49). Zeitaufwand und Auslagen sind durch die beim Betreuungsgericht geltend zu machende Vergütung nach dem VBVG abgegolten.

*Für die Festsetzung der Entschädigung eines Berufsbetreuers wegen seiner Ladung als gesetzlicher Vertreter zur Strafverhandlung gegen seinen Betreuten ist eine sachliche Zuständigkeit des Strafgerichts nicht begründet. Vielmehr verbleibt es für die Festsetzung von Betreuervergütung und -aufwendungsersatz bei den allgemeinen Zuständigkeits-regelungen.*

(OLG Dresden, Beschl. v. 19.11.2001, 3 Ws 77/01, NStZ 2002, 164)

*Ein Berufsbetreuer, zu dessen Aufgabenkreis u.a. die Vertretung bei Behörden gehört und der sich in einem Gerichtstermin auf die Wahrnehmung seiner Vertretungsbefugnisse beschränkt, ist unproblematisch nicht als Zeuge im Wortsinne anzusehen, so dass ihm keine Entschädigung nach dem JVEG für die Wahrnehmung eines Gerichtstermins eines seiner Betreuten zusteht. Für diese Auffassung spricht auch, dass der Betreuer für seine Tätigkeit bereits eine Gegenleistung auf Grund des VBVG erhält.*

(AG Köln, Beschl. v. 11.09.2013, 707 Ds 16/13, BtPrax 2014, 97)

Insgesamt war die Zeugin sechs Stunden abwesend. Davon entfallen vier Stunden auf Verdienstausfall und zwei Stunden auf Freizeitverlust.

Der Zeugin ist folgende Zeugenentschädigung zu gewähren:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Verdienstausfall, § 22 JVEG (4 Stunden ä 12 €) | = | 48,00 € |
| Zeitversäumnis, § 20 JVEG (2 Stunden ä 4 €) | = | 8,00 € |
| Insgesamt: |  | 56,00 € |

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da die Zeugin ihren Wohnsitz am Terminsort hat (§6 Abs. 1 JVEG).

50

# Aufgabe 25 (Geltendmachung des Anspruchs I)

Der selbständige Bernd Meyer aus Magdeburg wird vor das Landgericht Magdeburg als Zeuge geladen. Der Termin findet am 16.06.2022, 9:00 Uhr, statt. Der Zeuge wird um 11:00 Uhr entlassen. Eine Kassenanweisung wird nicht ausgehändigt. Da der Zeuge es eilig hat, fährt er auch sofort los, ohne in der Anweisungsstelle vorzusprechen. Die Reisezeit beträgt jeweils eine halbe Stunde.

Am 10.09.2022 stellt Herr Meyer beim Landgericht Magdeburg einen Antrag auf Zeugenentschädigung. Darin macht er Verdienstausfall für drei Stunden von 21 € je Stunde und Fahrtkosten mit dem Pkw von 16 Kilometern geltend.

Der Anspruch des Zeugen ist zu prüfen.

51

# Aufgabe 25 (Geltendmachung des Anspruchs I)

Der Anspruch des Zeugen muss binnen drei Monaten bei der heranziehenden Stelle geltend gemacht werden (§ 2 Abs. 1 Satz 1 JVEG). Die Frist hat mit der Beendigung der Vernehmung des Zeugen am 16.06.2022 begonnen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 JVEG).

Die Drei-Monatsfrist ist somit erst am 16.09.2022 - 24:00 Uhr abgelaufen. Der Anspruch ist folglich nicht erloschen.

Dem Zeugen ist folgende Zeugenentschädigung zu gewähren:

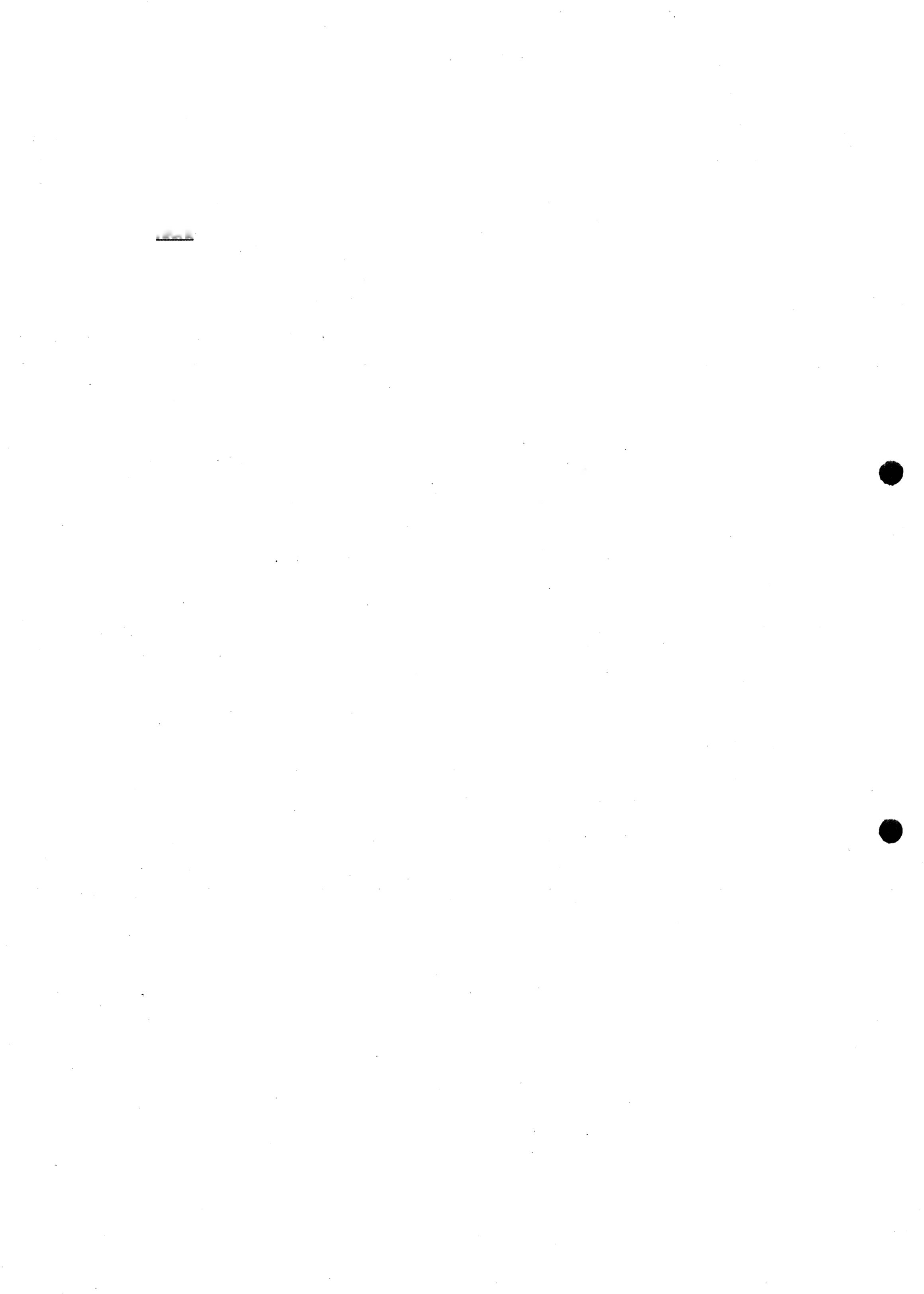
Verdienstausfall, § 22 JVEG = (3 Stunden ä 21 €)

63,00 €

Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 JVEG =

(16 km ä 0,35 €)

5,60 €



Insgesamt: = 68,60 €

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da der Zeuge seinen Wohnsitz am Terminsort hat (§ 6 Abs. 1 JVEG).

52

# Aufgabe 26 (Geltendmachung des Anspruchs II)

Der Angestellte Holger Schmidt aus Magdeburg wird vor das Landgericht Magdeburg als Zeuge geladen. Der Termin findet am 16.06.2021, 9:00 Uhr, statt. Der Zeuge wird um 11:00 Uhr entlassen. Eine Kassenanweisung wird nicht ausgehändigt. Da der Zeuge es eilig hat, fährt er auch sofort los, ohne in der Anweisungsstelle vorzusprechen.

Am 15.11.2021 wird der Zeuge in demselben Verfahren nochmals als Zeuge vor das Landgericht Magdeburg zu 10:00 Uhr geladen und nach der Vernehmung um 13:00 Uhr entlassen. Er fährt wieder sofort los. Eine Kassenanweisung war nicht ausgehändigt.

Die Reisezeit beträgt jeweils eine halbe Stunde.

Am 10.02.2022 stellt Herr Schmidt beim Landgericht Magdeburg einen Antrag auf Zeugenentschädigung. Darin macht er Verdienstausfall für beide Termine von jeweils drei Stunden von 21 € je Stunde und für jeden Termin Fahrtkosten mit dem Pkw von jeweils 16 Kilometern geltend.

Der Anspruch des Zeugen ist zu prüfen.

53

# Aufgabe 26 (Geltendmachung des Anspruchs II)

Der Anspruch des Zeugen muss binnen drei Monaten bei der heranziehenden Stelle geltend gemacht werden (§ 2 Abs. 1 Satz 1 JVEG).

Wird der Zeuge in einem gerichtlichen Verfahren in demselben Rechtszug mehrfach herangezogen, ist für den Beginn der Drei-Monatsfrist in den Fällen des § 2 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 JVEG allein die letzte Heranziehung maßgebend (§ 2 Abs. 1 Satz 3 JVEG).

Die letzte Heranziehung ist am 15.11.2021 erfolgt. Die Drei-Monatsfrist ist somit erst am 15.02.2022 - 24:00 Uhr abgelaufen. Der Anspruch ist folglich nicht erloschen.

Dem Zeugen ist folgende Zeugenentschädigung zu gewähren:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Verdienstausfall, § 22 JVEG (2x3 Stunden ä 21 €) | = | 126,00 € |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 JVEG  (2 x 16 = 32 km ä 0,35 €) | = | 11,20 € |
| Insgesamt: | = | 137,20 € |

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da der Zeuge seinen Wohnsitz am Terminsort hat (§6 Abs. 1 JVEG).

54

# Aufgabe 27 (Geltendmachung des Anspruchs III)

Die Angestellte Karin Schmidt aus Magdeburg-Rothensee wird in der Zivilsache Müller GmbH gegen Lehmann von dem Landgericht Magdeburg am 10.05.2022 als Zeugin geladen und vernommen. Die Aushändigung einer Kassenanweisung war nicht erfolgt.

Am 10.08.2022 teilt Frau Schmidt schriftlich mit, dass bei ihrem Arbeitgeber ein Computerproblem aufgetreten sei und deshalb zahlreiche Unterlagen der Buchhaltung verschwunden seien. Ihr Arbeitgeber sei deshalb derzeit nicht in der Lage, ihr eine Verdienstausfallbescheinigung zu erstellen.

Sie bitte deshalb darum, ihr die Frist zur Geltendmachung der Zeugenentschädigung zu verlängern.

Das Schreiben wird am 11.08.2022 mit der Akte der Anweisungsstelle bei dem Landgericht Magdeburg vorgelegt.

55

# Aufgabe 27 (Geltendmachung des Anspruchs III)

Die Drei-Monatsfrist zur Geltendmachung des Anspruchs kann auf begründeten Antrag hin verlängert werden (§ 2 Abs. 1 Satz 4 JVEG). Der Antrag kann nur innerhalb der Drei- Monatsfrist, also nicht mehr nach Erlöschen des Anspruchs, gestellt werden (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 2 Rn. 37). Verlängert der Anweisungsbeamte die Frist, hat er den Berechtigten unter Bestimmung einer neuen Frist zur Geltendmachung seiner Ansprüche aufzufordern (Schneider, JVEG, 4. Aufl., Rn. 39).

Über den Antrag entscheidet die Anweisungsstelle (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 2 Rn. 38). Wird der Antrag abgelehnt, hat sie die Akten unverzüglich dem nach § 4 Abs. 1 JVEG zuständigen Gericht vorzulegen. Dieses entscheidet durch unanfechtbaren Beschluss. Bei einer ablehnenden Entscheidung muss § 2 Abs. 1 Satz 5 JVEG beachtet werden.

Im Falle der Verlängerung des Antrags kann folgendes Schreiben an die Zeugin gefertigt werden:

# Zivilsache Müller GmbH gegen Lehmann

Sehr geehrte Frau Müller,

aufgrund Ihres Antrags vom 10.08.2022 habe ich die Frist zur Geltendmachung Ihrer Zeugenentschädigung verlängert. Bitte machen Sie Ihre Zeugenentschädigung nunmehr bis zum 11.10.2022 bei dem Landgericht Magdeburg geltend. Sollte bis dahin keine Geltendmachung erfolgen, erlöscht Ihr Anspruch auf Zahlung einer Zeugenentschädigung.

Mit freundlichen Grüßen Schmidt, Justizhauptsekretärin

56

# Aufgabe 28 (Dolmetschervergütung I)

Der Dolmetscher für die spanische Sprache Manuel Fernando aus Magdeburg-Sudenburg ist zu 9:00 Uhr vor das Landgericht Magdeburg als Dolmetscher geladen. Nach seiner Entlassung um 13:00 Uhr macht er in der Anweisungsstelle folgende Kosten geltend:

Fahrtkosten mit der Straßenbahn von jeweils 2,50 €, Verpflegungskosten und ein Honorar für die Zeit der Heranziehung sowie Umsatzsteuer.

Die Anreise wurde um 8:30 Uhr angetreten, die Rückreise ist gegen 13:30 Uhr beendet. Der Dolmetscher ist bestimmungsgemäß zu vergüten.

57

# Aufgabe 28 (Dolmetschervergütung I)

Der Umfang der Vergütung bestimmt sich nach § 8 JVEG.

Es ist ein Honorar von 85 € je Stunde zu gewähren (§ 9 Abs. 5 Satz 1 JVEG).

Ein Tagegeld kann nicht gezahlt werden, da der Dolmetscher am Gerichtsort wohnhaft bzw. berufstätig ist (§ 6 Abs. 1 JVEG).

Dem Dolmetscher ist folgende Vergütung zu zahlen:

Honorar, § 9 Abs. 5 JVEG = 425,00 €

(5 Stunden ä 85 €, 8:30 - 13:30 Uhr)

Fahrtkosten, § 5 Abs. 1 JVEG = 4,68 €

(Straßenbahnfahrscheine, 2 x 2,34 €)

Umsatzsteuer, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 JVEG = 81,64 €

(19% aus 429,68 €)

Insgesamt: = 511,32 €

Die Straßenbahnfahrscheine sind nur mit den Nettobeträgen zu berücksichtigen, da der Dolmetscher der Umsatzsteuerpflicht unterliegt und folglich auch vorsteuerabzugsberechtigt ist (vgl. Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 12 Rn. 104).

Der Nettobetrag beträgt 2,34 € (2,50 € x 100 : (7 + 100)).

Ein Tagegeld kann nicht gewährt werden, da der Dolmetscher seinen Wohnsitz am Terminsort hat (§6 Abs. 1 JVEG).

58

# Aufgabe 29 (Dolmetschervergütung II)

Der Dolmetscher für die englische Sprache Theo Bergner aus Magdeburg-Neustadt ist zu 9:00 Uhr vor das Landgericht Magdeburg als Dolmetscher geladen. Nach seiner Entlassung um 16:00 Uhr macht er in der Anweisungsstelle folgende Kosten geltend:

Fahrtkosten mit der Straßenbahn von jeweils 2,50 €, Verpflegungskosten und ein Honorar für die Zeit der Heranziehung sowie Umsatzsteuer.

Die Anreise wurde um 8:30 Uhr angetreten, die Rückreise ist gegen 16:30 Uhr beendet.

Die Hauptverhandlung wurde zwischen 12:30 und 13:30 Uhr für eine Stunde wegen einer Mittagspause unterbrochen.

Der Dolmetscher ist bestimmungsgemäß zu vergüten.

59

# Aufgabe 29 (Dolmetschervergütung II)

Es ist ein Honorar von 85 € je Stunde zu gewähren (§ 9 Abs. 5 Satz 1 JVEG), da keine ausdrückliche Heranziehung für simultanes Dolmetschen erfolgt ist.

Reise- und Wartezeiten sind nach § 8 Abs. 2 Satz 1 JVEG zu vergüten. Die Zeiten für lebensnotwendige Pausen, auch solche die der Nahrungsaufnahme dienen, sind jedoch nicht vergütungsfähig. Das gilt auch, wenn eine Verhandlung wegen einer Mittagspause unterbrochen wird (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 8 Rn. 42).

*Bei Sitzungsunterbrechungen um die Mittagszeit handelt es sich nicht um zu vergütende Wartezeiten im Sinne des § 8 Abs. 2 S. 1 JVEG. Mittägliche Sitzungsunterbrechungen von bis zu einer Stunde Dauer sind keine Wartezeit und somit nicht zu vergüten, wenn sich der Dolmetscher - wie hier - nicht zur Verfügung des Gerichts halten musste und die Zeit zur freien Verfügung, insbesondere zur Erholung und Einnahme einer Mahlzeit, nutzen* konnte.

(LG Osnabrück, Beschl. v. 02.06.2014, 10 KLs 31/13, JurBüro 2014, 602)

*Auch nach dem JVEG sind längere Sitzungsunterbrechungen um die Mittagszeit bis zu einer Stunde Dauer keine Wartezeit und somit nicht zu vergüten, wenn sich die Beteiligten (hier: Dolmetscher) nicht zur Verfügung des Gerichts halten mussten und die Zeit zur freien Verfügung, insbesondere zur Erholung und Einnahme einer Mahlzeit, nutzen konnten.*

(OLG Koblenz, Beschl. v. 21.09.2006, 1 Ws 553/06, JurBüro 2007, 491)

*Längere Sitzungsunterbrechungen um die Mittagszeit sind keine Wartezeit im Sinne des § 8 Abs. 2 Satz 1 JVEG und werden daher nicht gesondert vergütet.*

(KG Berlin, Beschl. v. 15.02.2011, 1 Ws 2/11, JurBüro 2011,491)

Ein Tagegeld kann nicht gezahlt werden, da der Dolmetscher am Gerichtsort wohnhaft bzw. berufstätig ist (§ 6 Abs. 1 JVEG).

Dem Dolmetscher ist folgende Vergütung zu zahlen:

Honorar, §9 Abs. 3 JVEG *= 595,00 €*

(7 Stunden ä 85 €, 8:30 - 16:30 Uhr abzgl. 1 Stunde Mittagspause)

Fahrtkosten, § 5 Abs. 1 JVEG = 4,68 €

(Straßenbahnfahrscheine, 2 x 2,34 €)

Umsatzsteuer, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 JVEG = 113,94 €

(19% aus 599,68 €)

Insgesamt: = 713,62 €

Die Straßenbahnfahrscheine sind nur mit den Nettobeträgen zu berücksichtigen, da der Dolmetscher der Umsatzsteuerpflicht unterliegt und folglich auch vorsteuerabzugsberechtigt ist (vgl. Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 12 Rn. 104).

Der Nettobetrag beträgt 2,34 € (2,50 € x 100 : (7 + 100)).

60

# Aufgabe 30 (Übersetzervergütung I)

Der Dolmetscher und Übersetzer für die spanische Sprache Jürgen Lehmann aus Magdeburg- Ottersleben wird durch das Landgericht Magdeburg beauftragt eine Übersetzung von 10 Seiten herzustellen. Neben dem Original sollen zwei Mehrfertigungen von der Übersetzung eingereicht werden.

Das zu übersetzende Dokument wird dem Übersetzer in Papierform zur Verfügung gestellt.

Der Übersetzer macht hierfür eine Zeichenvergütung geltend. Die Übersetzung hat einen Umfang von 24.500 Zeichen, wobei der Übersetzer auch Leerzeichen mitgezählt hat. Zum Nachweis übersendet er einen Screenshot aus dem Wordprogramm mit der Zeichenanzahl.

Neben dem Honorar macht er für das Original noch die Schreibpauschale von 0,90 € je angefangene 1.000 Zeichen geltend und für die Mehrfertigungen Kopiekosten von 2 x 10 Seiten zu je 50 €. Ferner werden Portokosten von 2,50 € und Umsatzsteuer geltend gemacht.

Der Übersetzer ist bestimmungsgemäß zu vergüten.

61

# Aufgabe 30 (Übersetzervergütung I)

Es ist ein Zeichenhonorar nach § 11 JVEG zu zahlen. Wird das zu übersetzende Dokument durch die heranziehende Stelle **nicht** elektronisch als editierbarer Text (z.B. in Papierform) zur Verfügung gestellt, kann ein erhöhtes Honorar von 1,95 € je angefangene 55 Zeichen beansprucht werden (§ 11 Abs. 1 Satz 2 JVEG). Mitzuzählen sind auch sämtliche Satz- und Leerzeichen (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 11 Rn. 52).

Die Zählung der Anschläge kann mit einem Computerprogramm erfolgen (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 12 Rn. 54).

Neben dem Honorar sind Aufwendungen zu erstatten (§§ 5 ff., 12 JVEG).

Für die Originalübersetzung kann keine Schreibpauschale nach § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 JVEG geltend gemacht werden, wohl aber für die angeforderten Mehrfertigungen die Kopiekosten nach § 7 Abs. 2 JVEG (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 11 Rn. 60 f.).

Dem Übersetzer ist folgende Übersetzung zu gewähren: Zeichenhonorar, § 11 Abs. 1 JVEG = 869,70 €

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| (24.500 : 55 = 445,45 = 446 x 1,95 €) |  | |
| Fotokopiekosten, § 7 Abs. 2 JVEG | = | 10,00€ |
| (2 x 10 = 20 Seiten ä 0,50 €) |  |  |
| Portokosten, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 JVEG | = | 15,00€ |
| Umsatzsteuer, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 JVEG  (19% aus 894,70 €) | = | 169,99€ |
| Insgesamt: | = | 1.064,69€ |

62

# Aufgabe 31 (Übersetzervergütung II)

Wie Aufgabe 30 mit folgender Abwandlung:

Dem Übersetzer wird das zu übersetzende Dokument durch das Landgericht Magdeburg als Worddatei zur Verfügung gestellt, aus welcher der Text auch in ein anderes Computerprogramm kopiert werden kann.

Es werden dieselben Kosten wie in Aufgabe 30 geltend gemacht. Der Übersetzer ist bestimmungsgemäß zu vergüten.

63

# Aufgabe 31 (Übersetzervergütung II)

Wird der Text elektronisch als editierbarer Text zur Verfügung gestellt, so erhält der Übersetzer nur ein Grundhonorar, welches 1,80 € je angefangene 55 Anschläge beträgt (§ 11 Abs. 1 Satz 1 JVEG).

Dem Übersetzer ist folgende Übersetzung zu gewähren: Zeichenhonorar, § 11 Abs. 1 JVEG = 802,80 €

(24.500 : 55 = 445,45 = 446 x 1,80 €)

Fotokopiekosten, § 7 Abs. 2 JVEG = 10,00 €

(2 x 10 = 20 Seiten ä 0,50 €)

Portokosten, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 JVEG = 15,00€

Umsatzsteuer, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 JVEG = 157,28€

(19% aus 827,80 €)

Insgesamt: = 985,08€

64

# Aufgabe 32 (Sachverständigenvergütung - Schriftliches Gutachten I)

Der Sachverständige Lehmann aus Magdeburg reicht mit seinem Gutachten, das keinen medizinischen oder psychologischen Gegenstand betrifft, folgende Kostenrechnung ein:

2 Stunden Akteneinsicht

1 Stunde Vorbereitung Ortstermin

3 Stunden Ortstermin in Magdeburg

4 Stunden Entwurf des Gutachtens

3 Stunden Diktat und Korrektur

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| 13 Stunden ä 85 € | = | 1.105,00 € |
| Fahrtkosten zum Ortstermin (2 x 10 km ä 0,42 €) | = | 8,40 € |
| Schreibauslagen für Gutachten (42.000 Anschläge) | = | 37,80 € |
| Kopiekosten für Mehrkosten | = | 20,00 € |
| (2 x 20 Seiten ä 0,50 €) |  |  |
| Portokosten | = | 15,00€ |

= 1.186,20 €

zuzüglich Umsatzsteuer (19%) - 225,38€ Insgesamt: = 1.411,58 €

Gemäß Beweisbeschluss ist der Sachverständige auf dem Sachgebiet 3 „Aitlasten und

Bodenschutz“ tätig geworden.

Das Gutachten umfasst 20 Seiten. Lichtbilder wurden nicht gefertigt. Das Gericht hat zwei Mehrfertigungen von dem Gutachten angefordert. Es wurde ein ausreichender Auslagenvorschuss gezahlt.

Der Sachverständige ist bestimmungsgemäß zu vergüten.

65

# Aufgabe 32 (Sachverständigenvergütung - Schriftliches Gutachten I)

Der Umfang der Vergütung bestimmt sich nach § 8 JVEG.

Das Honorar (§ 9 JVEG) ist für die Zeit zu gewähren, die für die die Fertigung des Gutachtens notwendig gewesen ist. Der Zeitaufwand ist nach objektiven Maßstäben zu bestimmen. Maßgeblich ist daher der Zeitaufwand, den ein Sachverständiger mit durchschnittlichen Fähigkeiten bei sachgemäßer Auftragserledigung benötigt (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 8 Rn. 18).

Der Sachverständige hat nicht nur die Gesamtzahl der benötigten Stunden anzugeben, sondern eine Aufschlüsselung des Zeitaufwands vorzunehmen (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 8 Rn. 59).

Den Angaben des Sachverständigen hat das Gericht Glauben zu schenken. Sind die gemachten Angaben jedoch im Verhältnis zu der erbrachten Leistung unverhältnismäßig oder erscheint der Zeitaufwand ungewöhnlich hoch, kann eine Nachprüfung erforderlich werden (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 8 Rn. 59). Eine Nachprüfungspflicht besteht deshalb dann, wenn die durch den Sachverständigen gemachten Angaben, auch bei Zugrundelegung objektiver Kriterien und eines großzügigen Maßstabs, den vertretbaren Rahmen übersteigen (Schneider. JVEG, 4. Aufl., § 8 Rn. 61).

Neben dem Honorar sind die Aufwendungen nach §§ 5 bis 7, 12 JVEG zu erstatten. Dem Sachverständigen ist folgende Vergütung zu zahlen:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Honorar, § 9 JVEG (Sachgebiet 3)  (13 Stunden ä 85 €) | = | 1.105,00€ |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 JVEG (2x10 = 20 km ä 0,42 €) | *=* | *8,40€* |
| Schreibauslagen, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 JVEG  (42.000: 1.000 = 42 x0,90 €) | = | 37,80€ |
| Kopiekosten, § 7 Abs. 2 JVEG = (2 x 20 = 40 Seiten ä 0,50 €) | | 20,00 € |
| Portokosten, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 JVEG = | | 15,00€ |
| Umsatzsteuer, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 JVEG =  (19% aus 1.186,20 €) | | 225,38 € |
| Insgesamt: | | 1.411,58 € |

66

# Aufgabe 33 (Sachverständigenvergütung - Schriftliches Gutachten II)

Die Sachverständige Dr. med. Regina Hiller aus Gardelegeri wird durch das Landgericht Magdeburg in einer Strafsache mit der Erstellung eines schriftlichen medizinischen Gutachtens beauftragt. Das Gutachten wird auf einem Sachgebiet der Honorargruppe M3 erbracht.

Die übersandte Strafakte hat einen Umfang von 250 Seiten.

Nach der Fertigung, reicht die Sachverständige das Gutachten bei dem Landgericht Magdeburg ein und macht folgende Vergütung geltend:

Honorar (M 3):

0,5 Stunden Aktenanlage ' 7 Stunden Aktenstudium ?

1 Stunde Rückfrage bei Gericht "

7 Stunden Erstellung des Gutachtens v 2 Stunden Diktat und Korrektur ✓

0,5 Sunden Weg zum Postamt 2

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| 18 Stunden ä 120 € |  | 2.160,00 € |
| - Schreibauslagen für Original | = | 43,50 € |
| (29.000 Anschläge) |  |  |
| - Kopiekosten für Mehrfertigungen | = | 13,00 € |
| (26 Seiten) |  |  |
| - Portokosten | = | 15,00€ |
| Gesamt: |  | 2.231,50 € |
| zzgl. Umsatzsteuer (19%) | = | 423,99 € |
| Gesamtvergütung: | = | 2.655,49 € |

Die Rückfrage mit dem Gericht ist notwendig gewesen, weil in dem Beweisbeschluss des Landgerichts einige Beweisfragen unklar gestellt waren.

Das Gutachten umfasst 13 Seiten.

Das Gericht hat zwei Mehrfertigungen von dem Gutachten angefordert.

Die Sachverständige ist bestimmungsgemäß zu vergüten.

67

# Aufgabe 33 (Sachverständigenvergütung - Schriftliches Gutachten II)

Der für die Auftragsannahme benötigte Zeitaufwand, dem auch die Aktenanlage zuzurechnen ist, kann nicht nach § 9 JVEG vergütet werden (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 8 Rn. 31).

Zeitaufwand für Aktenstudium ist zu vergüten. Es ist jedoch nur objektiv notwendiger

I Zeitaufwand zu vergüten. Im Regelfall werden 100 Seiten, bei schwiefigerTlnhaiten 50 Seiten je Stünden ais-ausreichend angesehen (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 8 Rn. 24 m. w. N.). Bei

einem Aktenumfang von 250 Seiten werden deshalb höchstens vier Stunden als ausreichend anzusehen sein. u , y , , ■ ■ ( ,

Ist Rücksprache mit dem Gericht zu nehmen, kann eine Vergütung nur erfolgen, wenn dargelegt wird, dass die Rücksprache für die Fertigung des Gutachtens erforderlich gewesen ist. Das ist der Fall, wenn der Beweisbeschluss Fragen offen lässt oder zu unklar formuliert (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 8 Rn. 47).

Zeitaufwand für die Beförderung zum Postamt ist nicht erstattungsfähig, es handelt sich um einen Teil der allgemeinen Bürokorrespondenz (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 8 Rn. 30).

Der geltend gemachte Zeitaufwand für die Erstellung des Gutachtens sowie Diktat und Korrektur sind nicht zu beanstanden.

Für die schriftliche Fertigung des Gutachtens sind 1,50 €je angefangene 1.000 Anschläge zu erstatten, da es einen medizinischen Inhalt besitzt (§ 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 JVEG).

Der Sachverständigen ist folgende Vergütung zu zahlen:

Honorar, § 9 JVEG (Honorargruppe M 3) Insgesamt 14Stunden ä 120 €

4 Stunden Aktenstudium

1. Stunde Rückfrage bei Gericht

7 Stunden Erstellung des Gutachtens 2 Stunden Diktat und Korrektur

Schreibauslagen, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 JVEG

(29.000: 1.000 = 29 ä 1,50 €)

Kopiekosten, § 7 Abs. 2 JVEG (2x13 = 26 Seiten ä 0,50 €)

Portokosten, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 JVEG

Umsatzsteuer, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 JVEG

(19% aus 1.751,50 €)

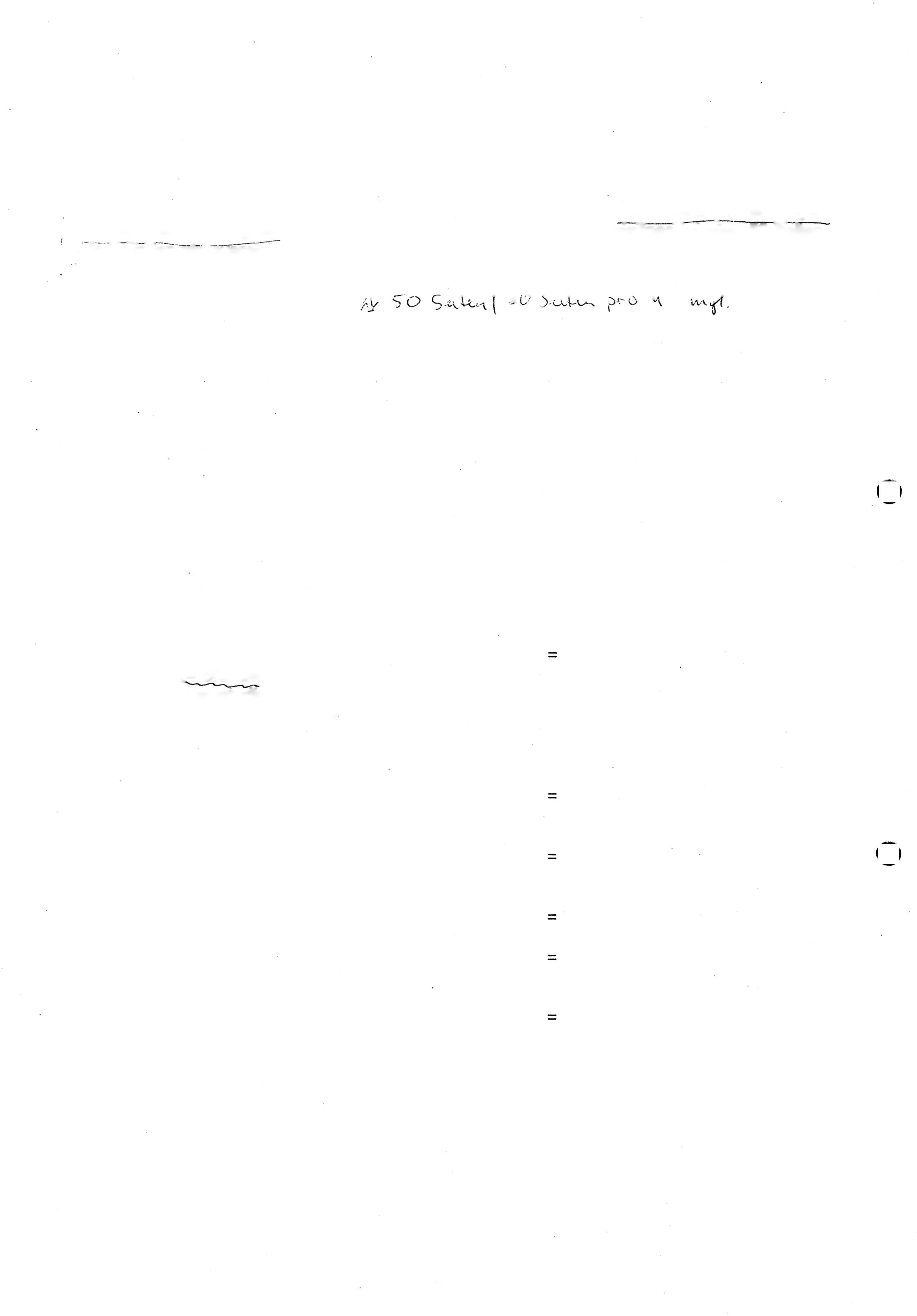
1.680,00 €

43,50 € J

13,00 € u

15,00€ V

332,79 €



Gesamt: 2.084,29 €

Der Zeitaufwand für Aktenanlage und die Beförderung zum Postamt waren vollständig abzusetzen, der Zeitaufwand für das Aktenstudium zu kürzen. Entsprechend der Absetzungen war die Umsatzsteuer zu reduzieren. Über die vorgenommene Kürzung ist die Sachverständige durch die Anweisungsstelle schriftlich in Kenntnis zu setzen. Dabei ist auch auf die Möglichkeit der gerichtlichen Festsetzung nach § 4 JVEG hinzuweisen, denn die Verpflichtung zur Rechtsbehelfsbelehrung des § 4c JVEG besteht auch bei der Festsetzung im Verwaltungswege durch den Anweisungsbeamten (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 4c Rn. 2).

68

# Aufgabe 34 (Sachverständige - Auslagenvorschuss I)

Der Sachverständige Bernd Lehmann aus Magdeburg reicht mit seinem Gutachten folgende Kostenrechnung ein:

1. Stunden Akteneinsicht

4 Stunden Entwurf des Gutachtens

1. Stunden Diktat und Korrektur

9 Stunden ä 105 € = 945,00 €

Schreibauslagen für Gutachten = 37,80 € (42.000 Anschläge)

Kopiekosten für Mehrkosten = 20,00 € (2 x 20 Seiten ä 0,50 €)

Portokosten = 15,00 € 1017,80 €

zuzüglich Umsatzsteuer (19%) = 193,38 € Insgesamt: = 1.211,18 €

Gemäß Beweisbeschluss ist der Sachverständige auf dem Sachgebiet 4.3 (Bauwesen - Schadensfeststellung) tätig geworden.

Dem Kläger war aufgegeben, einen Auslagenvorschuss von 4-500 € zu zahlen. Eine entsprechende Zahlungsanzeige befindet sich in der Akte.

Das Gutachten umfasst 20 Seiten. Lichtbilder wurden nicht gefertigt. Das Gericht hat zwei Mehrfertigungen von dem Gutachten angefordert.

Der Sachverständige ist bestimmungsgemäß zu vergüten.

69

# Aufgabe 34 (Sachverständige - Auslagenvorschuss I)

Der Sachverständige hat gemäß § 407a Abs. 4 Satz 2 ZPO nach Erhalt des Auftrags unverzüglich zu prüfen und dem Gericht mitzuteilen, wenn voraussichtlich Kosten erwachsen, die erkennbar außer Verhältnis zum Wert des Streitgegenstandes stehen oder einen angeforderten Kostenvorschuss erheblich übersteigen. Auf diese Pflicht soll das Gericht hinweisen (§ 407a Abs. 6 ZPO).

Übersteigt die Vergütung den angeforderten Auslagenvorschuss erheblich und hat der Berechtigte nicht rechtzeitig nach § 407a Abs. 4 Satz 2 ZPO auf diesen Umstand hingewiesen, erhält er die Vergütung nur in Höhe des Auslagenvorschusses (§ 8a Abs. 4 JVEG).

Vor der Festsetzung der Vergütung ist deshalb stets zu prüfen, ob ein hinreichender Vorschuss eingezahlt ist.

Ein ausreichender Vorschuss war eingezahlt.

Dem Sachverständigen ist folgende Vergütung zu zahlen:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Honorar, § 9 JVEG (Sachgebiet 4.3)  (9 Stunden ä 105 €) | = | 945,00 € |
| Schreibauslagen, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 JVEG | = | 37,80 € |
| (42.000: 1.000 = 42x0,90 €) |  |  |
| Kopiekosten, § 7 Abs. 2 JVEG  (2 x 20 = 40 Seiten ä 0,50 €) | = | 20,00€ |
| Portokosten, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 JVEG | = | 15,00€ |
| Umsatzsteuer, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 JVEG | = | 193,38€ |
| (19% aus 1.017,80 €) |  |  |
| Insgesamt: | = | 1.211,18€ |

70

# Aufgabe 35 (Sachverständige - Auslagenvorschuss II)

Der Sachverständige reicht mit seinem Gutachten folgende Kostenrechnung ein: 3 Stunden Akteneinsicht

5 Stunden Entwurf des Gutachtens

1. Stunden Vorbereitung und Durchführung Ortstermin 7 Stunden Durchführung von Berechnungen

3 Stunden Diktat und Korrektur

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| 22 Stunden ä 105 € | = | 2.310,00 € |
| Fahrtkosten zum Ortstermin | = | 21,00 € |
| (2 x 25 = 50 km ä 0,42 €) |  |  |
| Schreibauslagen für Gutachten (48.000 Anschläge) | = | 43,20 € |
| Kopiekosten für Mehrkosten | = | 25,00 € |
| (2x25 Seiten ä 0,50 €) |  |  |
| Portokosten | = | 15,00 € |
|  |  | 2.414,20 € |
| zuzüglich Umsatzsteuer (19%) | = | 458,70 € |
| Insgesamt: | = | 2.872,90 € |

Gemäß Beweisbeschluss ist der Sachverständige auf dem Sachgebiet 4,3 (Bauwesen - Schadensfeststellung) tätig geworden.

Dem Kläger war aufgegeben, einen Auslagenvorschuss von 1.800 € zu zahlen. Eine entsprechende Zahlungsanzeige befindet sich in der Akte.

Das Gutachten umfasst 25 Seiten. Lichtbilder wurden nicht gefertigt. Der geltend gemachte Zeitaufwand, die Höhe der Aufwendungen und die beanspruchte Honorargruppe sind nach Durchsicht der Akte und des Gutachtens nicht zu beanstanden.

Das Gericht hat zwei Mehrfertigungen von dem Gutachten angefordert.

Der Sachverständige ist bestimmungsgemäß zu vergüten.

71

# Aufgabe 35 (Sachverständige - Auslagenvorschuss II)

Der Sachverständige hat gegen seine Pflichten nach § 407a Abs. 4 Satz 2 ZPO verstoßen und dem Gericht nicht mitgeteilt, dass die voraussichtlichen Kosten des Gutachtens den eingezahlten Auslagen erheblich übersteigen.

Von einer Erheblichen Überschreitung wird ausgegangen, wenn die Kosten den Vorschuss um

20 bis 25% übersteigen (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 8a Rn. 38). Bei sehr hohen Gutachterkosten, kann der Betrag aber niedriger anzusetzen sein.

Die Kosten des Gutachtens übersteigen den Vorschuss um mehr als 78% und somit erheblich. Gemäß § 8a Abs. 4 JVEG ist der Vergütungsanspruch des Sachverständigen nunmehr auf die Höhe des Auslagenvorschuss beschränkt.

So auch:

OLG Stuttgart, Beschl. v. 01.09.2020, 8 WF 103/20, JurBüro 2021, 87

OLG Düsseldorf, Beschl. v. 05.09.2019, 10 W 102/19, JurBüro 2019, 589

OLG Karlsruhe, Beschl. v. 28.09.2018, 15 W 57/18, BauR 2019, 546

OLG Hamm, Beschl. v. 24.07.2014, 24 U 220/12, MDR 2015, 300

LG Heidelberg, Beschl. v. 05.02.2015, 3 T 4/15, juris LG Hannover, Beschl. v. 07.08.2014, 92 T 87/14, juris

Die Vergütung des Sachverständigen ist auf 1.800 € festzusetzen.

Der Sachverständige ist von der Anweisungsstelle schriftlich auf die Möglichkeit der gerichtlichen Festsetzung nach § 4 JVEG hinzuweisen, denn die Verpflichtung zur Rechtsbehelfsbelehrung des § 4c JVEG besteht auch bei der Festsetzung im Verwaltungswege durch die Anweisungsstelle (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 4c Rn. 2).

72

# Aufgabe 36 (Sachverständige - Mündliche Erläuterung)

Der Psychologe Dr. Bauer aus Bernburg ist von dem Landgericht Magdeburg in einer Strafsache geladen, sein erstattetes Gutachten mündlich zu erläutern. Der Sachverständige wird zu 9:00 Uhr geladen und wird um 13:00 Uhr entlassen.

In der Anweisungsstelle macht er neben der Zeit für die Erläuterung des Gutachtens auch Reisezeiten von jeweils 1 Stunde und 2 Stunden Vorbereitungszeit geltend. Er ist mit dem Pkw angereist.

Die einfache Entfernung Bernburg - Magdeburg beträgt 53 km.

Auf Nachfrage erklärt der Sachverständige, dass er keine Umsatzsteuer abzuführen braucht.

Es handelt sich um Gutachten zur Schuldfähigkeit bei Schwierigkeiten der Personaldiagnostik. Die Richterin bestimmt deshalb einen Stundensatz von 120 € (Honorargruppe M 3) in der Kassenanweisung.

Der Sachverständige ist bestimmungsgemäß zu vergüten.

73

# Aufgabe 36 (Sachverständige - Mündliche Erläuterung)

Das Honorar ist auch für notwendige Reise- und Wartezeiten zu gewähren (§ 8 Abs. 2 Satz 1 JVEG).

Ein Honorar ist auch für den Zeitaufwand wegen der für eine mündliche Erläuterung notwendigen Vorbereitung zu zahlen (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 8 Rn. 50).

Dem Sachverständigen ist folgende Vergütung zu zahlen: Honorar, § 9 JVEG (Honorargruppe M 3)

* 4 Stunden Mündliche Erläuterung
* 2 Stunden Reisezeit
* 2 Stunden Vorbereitungszeit

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| 8 Stunden ä 120 € | = | 960,00 € |
| Fahrtkosten, §5 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 JVEG = (2 x 53 = 106 km ä 0,42 €) |  | 44,52 € |
| Insgesamt: | = | 1.004,52 € |

74

# Aufgabe 37 (Sachverständigenvergütung - Umsatzsteuer I)

Der Sachverständige Michael Kohlmann aus Magdeburg wird vom Landgericht Magdeburg mit der Erstattung eines schriftlichen Gutachtens beauftragt.

Nach Erstellung des Gutachtens macht der Sachverständige folgende Kosten geltend:

* Honorar: 15 Stunden ä 85 € = 1.275,0Q€z
* Schreibauslagen für Original = 36,00 € z

(40.000 Anschläge)

* Kopiekosten für Mehrfertigungen = 15,00 € „ (30 Seiten)

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| - KostenFremdfirma (Bauöffnung) | = | 476,00 € 4öO|' |  |
| - Fahrtkosten mit Pkw, 22 km (Ortstermin) = |  | 9,24 €z | \ |
| -Portokosten | = | 15,00 € |  |

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Gesamt: | = | 1.826,24 € |
| zzgl. Umsatzsteuer (19%) | = | 346,99 € |
| Gesamtvergütung: | = | 2.173,23 € |

In der Rechnung ist der Zeitaufwand hinreichend aufgeschlüsselt. Gegen den geltend gemachten Zeitaufwand und die Höhe der Fahrtkosten sollen keine Bedenken bestehen.

Der Sachverständige ist auf dem Sachgebiet 3 (Altlasten und Bodenschutz) tätig geworden. Das Gutachten umfasst 15 Seiten.

Von dem Gutachten sollen zwei Mehrfertigungen übersandt werden.

In der beigefügten Rechnung der Fremdfirma sind ausgewiesen der Nettobetrag von 400 € zzgl. Umsatzsteuer (19%) von 76,00 €.

Es ist ein ausreichender Auslagenvorschuss gezahlt.

Der Sachverständige ist bestimmungsgemäß zu vergüten.

75

# Aufgabe 37 (Sachverständigenvergütung - Umsatzsteuer I)

Beauftragt der Sachverständige einen Dritten (z. B. eine Fremdfirma), so ist ihm grundsätzlich auch die vom Dritten geltend gemachte Umsatzsteuer zu erstatten (Schneider, JVEG, 4. Aufl.,

§ 12 Rn. 94 ff., 104).

Kann der Sachverständige von der heranziehenden Stelle jedoch selbst die Erstattung von Umsatzsteuer nach § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 JVEG verlangen, weil er umsatzsteuerpflichtig ist, sind Fremdleistungen zunächst ohne die Umsatzsteuer zu berücksichtigen. Auf die Gesamtvergütung einschließlich der Nettofremdkosten ist jedoch Umsatzsteuer zu erstatten, da der Sachverständige die Erstattung auch auf umsatzsteuerfreie Fremdleistungen erhält (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 12 Rn. 91 ff.).

*Der mehrwertsteuerpflichtige Sachverständige kann von der Justizkasse Mehrwertsteuer auch auf mehrwertsteuerfreie Fremdleistungen ersetzt verlangen.*

(OLG Oldenburg, Beschluss vom 01.04.1993, 2 U 190/90, juris)

Die auf die Kosten der Fremdfirma für die Bauöffnung entfallende Umsatzsteuer ist deshalb herauszurechnen. Für die Portokosten, die gern. § 4 Nr. 11b UStG umsatzsteuerfrei sind, ist Umsatzsteuer hingegen ohne Kürzung zu erstatten.

Dem Sachverständigen ist folgende Vergütung zu zahlen:

Honorar, § 9 Abs. 1 JVEG = 1.275,00 €

(15 Stunden ä 85 €)

Schreibauslagen, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 JVEG = 36,00 €

(40.000: 1.000 = 40 ä 0,90 €)

Kopiekosten, § 7 Abs. 2 JVEG = 15,00 €

(2 x 15 = 30 Seiten ä 0,50 €)

Kosten Fremdfirma, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 JVEG = 400,00 € (Bauöffnung)

Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 JVEG = 9,24 €

Portokosten, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 JVEG = 15,00 €

Umsatzsteuer, § 12 Abs. I S. 2 Nr. 4 JVEG = 332,55 €

(19% aus 1.750,24 €)

Gesamt: = 2.082,79 €

Der Sachverständige ist über die Kürzung schriftlich in Kenntnis zu setzen und von der Anweisungsstelle zugleich auf die Möglichkeit der gerichtlichen Festsetzung nach § 4 JVEG hinzuweisen, denn die Verpflichtung zur Rechtsbehelfsbelehrung des § 4c JVEG besteht auch bei der Festsetzung im Verwaltungswege durch die Anweisungsstelle (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 4c Rn. 2).

76

# Aufgabe 38 (Sachverständigenvergütung - Umsatzsteuer II)

Wie Aufgabe 37 mit folgender Abwandlung:

Der Sachverständige macht anstelle der 476 € lediglich Fremdkosten (Fahrtkosten) von 56 € geltend.

Die Rechnung wird beigefügt, eine gesonderte Ausweisung der Umsatzsteuer ist in der Fremdrechnung jedoch nicht erfolgt. Es ist jedoch der Steuerbetrag von 7% angegeben.

Der Sachverständige ist bestimmungsgemäß zu entschädigen.

77

# Aufgabe 38 (Sachverständigenvergütung - Umsatzsteuer II)

In Fahrausweisen, die für die Beförderung von Personen ausgegeben werden, kann der Rechnungsbetrag (Entgelt und Steuerbetrag) in einer Summe ausgewiesen werden.

Gemäß § 12 Abs. 2 Nr. 10 UStG gilt für die Beförderungen von Personen im Schienenbahn­ verkehr (z.B. Deutsche Bahn, einschließlich des Fernverkehrs) der ermäßigte Steuersatz von 7 %.

Ist der Sachverständige umsatzsteuerpflichtig und zugleich vorsteuerabzugsberechtigt, dürfen Fremdkosten nur mit ihrem\_Nettobetrag erstattet werden. Auf die Gesamtvergütung einschließlich der Nettofremdkosten ist dann die Umsatzsteuer nach § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 JVEG zu erstatten.

Es ist zunächst der Nettobetrag der Fremdkosten zu errechnen mit der folgenden Formel: Gesamtrechnungsbetrag x 100 : (Steuersatz + 100)

56,00 x 100: (7 + 100) = 52,34 € *X*

Dieser Nettobetrag ist zunächst zu vergüten. Auf den Gesamtbetrag der sonstigen Vergütungen und diesem Nettofremdbetrag ist dann die Umsatzsteuer nach § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 JVEG zu erstatten.

Dem Sachverständigen ist folgende Vergütung zu gewähren:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Honorar, §9 Abs. 1 JVEG (15 Stunden ä 85 €) | = | 1.275,00 € |
| Schreibauslagen, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 JVEG =  (40.000: 1.000 = 40 ä 0,90 €) |  | 36,00 € |
| Kopiekosten, § 7 Abs. 2 JVEG (2x15 = 30 Seiten ä 0,50 €) | = | 15,00 € |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 JVEG |  | 52,34 |
| Portokosten, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 JVEG |  | 15,00 € |
| Umsatzsteuer, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 JVEG  (19% aus 1.393,34 €) |  | 264,73 € |
| Gesamt: |  | 1.658,07 € |

78

# Aufgabe 39 (Sachverständigenvergütung - Hilfskraft I)

Die Ingenieurin Doreen Meister aus Stendal wird vom Landgericht Magdeburg mit der Erstattung eines schriftlichen Gutachtens beauftragt. Es handelt sich um ein Gutachten auf dem Sachgebiet Nr. 4.3 „Bauwesen - Schadensfeststellung“.

Es findet ein Ortstermin in Stendal statt, zu dem die Sachverständige mit dem Pkw anreist, die einfache Entfernung beträgt 8 Kilometer.

Für die notwendigen Bauöffnungen beauftragt die Sachverständige eine Hilfskraft. Die Hilfskraft macht gegenüber der Sachverständigen 5 Stunden zu je 45 € geltend. Umsatzsteuer wird nicht verlangt.

Nach Erstellung des Gutachtens macht die Sachverständige folgende Kosten geltend:

- Honorar: 15 Stunden ä 105 € = 1.575,00 €

* Schreibauslagen für Original = 34,20 € (38.000 Anschläge)
* Kopiekosten für Mehrfertigungen = 13,00 € (26 Seiten)
* Kosten für die Hilfskraft (Bauöffnung) = 225,00 € (5 Stunden ä 45 €)

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| - Fahrtkosten mit Pkw, 16 km (Ortstermin) | = | 6,72€ |
| -Portokosten | = | 15,00€ |
| Gesamt: | = | 1.868,92€ |
| zzgl. Umsatzsteuer (19%) | - | 355,09€ |
| Gesamtvergütung: | = | 2.224,01€ |

In der Rechnung ist der Zeitaufwand hinreichend aufgeschlüsselt. Gegen den geltend gemachten Zeitaufwand sollen keine Bedenken bestehen.

Das Gutachten umfasst 13 Seiten.

Das Gericht hat zwei Mehrfertigungen von dem Gutachten angefordert. Es ist ein ausreichender Auslagenvorschuss gezahlt.

Die Sachverständige ist bestimmungsgemäß zu vergüten.

79

# Aufgabe 39 (Sachverständigenvergütung - Hilfskraft I)

Die Kosten für Hilfskräfte sind nach § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 JVEG gesondert zu erstatten, soweit sie für die Erstellung des Gutachtens notwendig waren. Eine Begrenzung der Kosten sieht das JVEG nicht vor, die Höchstsätze des JVEG gelten nicht (Schneider, JVEG, 4. Aufl.,

§ 12 Rn. 32). Die Kosten müssen aber gleichwohl angemessen sein und dürfen auch nicht im Missverhältnis zu der an den Sachverständigen selbst zu zahlenden Vergütung stehen (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 12 Rn. 34).

Eine Nachweispflicht über die für eine Hilfskraft gezahlten Kosten sieht das Gesetz nicht vor, jedoch kann der Sachverständige auf Verlangen des Gerichts einen Nachweis zu erbringen (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 12 Rn. 46).

|  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Die Kosten für Hilfskräfte wegen einer Bauteilöffnung anzusehen (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 12 Rn. 38). | sind | regelmäßig | als | notwendig |
| Der Sachverständigen ist folgende Vergütung zu zahlen: |  |  |  |  |
| Honorar, § 9 JVEG (Sachgebiet 4.3)  (15 Stunden ä 105 €) | = | 1.575,00 € |  |  |
| Schreibauslagen, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 JVEG  (38.000: 1.000 = 38 ä 0,90 €) | = | 34,20 € |  |  |
| Kopiekosten, § 7 Abs. 2 JVEG  (2 x 13 = 26 Seiten ä 0,50 €) | = | 13,00€ |  |  |
| Kosten für die Hilfskraft, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 JVEG = |  | 225,00 € |  |  |
| (5 Stunden ä 45 €) |  |  |  |  |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 JVEG  (2 x 8 = 16 km ä 0,42 €) | = | 6,72 € |  |  |
| Portokosten, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 JVEG | = | 15,00€ |  |  |
| Umsatzsteuer, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 JVEG | = | 355,09€ |  |  |
| (19% aus 1.868,92 €) |  |  |  |  |
| Gesamt: | = | 2.224,01€ |  |  |

80

# Aufgabe 40 (Sachverständigenvergütung - Hilfskraft II)

Wie Aufgabe 39 mit folgender Abwandlung:

Die Hilfskraft ist bei der Sachverständigen selbst beschäftigt und verfügt dort auch über ein eigenes Büro.

Es werden dieselben Kosten wie in Aufgabe 39 geltend gemacht. Für die im Büro der Sachverständigen beschäftigte Hilfskraft wird jedoch ein Zuschlag von 15 % verlangt.

Die Sachverständige ist bestimmungsgemäß zu vergüten.

81

# Aufgabe 40 (Sachverständigenvergütung - Hilfskraft II)

Ist die Hilfskraft bei dem Sachverständigen beschäftigt, ist auf Antrag ein Zuschlag von 15% auf die Kosten für die Hilfskraft zu zahlen (§ 12 Abs. 2 JVEG). Mit dem Zuschlag sollen die Gemeinkosten (z. B. Miete, Strom usw.) abgegolten werden, die durch die Hilfskraft entstehen. Fallen keine oder nur unwesentliche Gemeinkosten für die Hilfskraft an, ist der Zuschlag nicht zu erstatten. Einen Nachweis muss der Sachverständige regelmäßig nicht erbringen (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 12 Rn. 46).

Der Zuschlag beträgt stets 15% und nicht bis zu 15% (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 12 Rn. 46).

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Der Sachverständigen ist folgende Vergütung zu zahlen: |  | |
| Honorar, § 9 JVEG (Sachgebiet Nr. 4.3) (15 Stunden ä 105 €) |  | 1.575,00 € |
| Schreibauslagen, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 3 JVEG  (38.000: 1.000 = 38 ä 0,90 €) | = | 34,20 € |
| Kopiekosten, § 7 Abs. 2 JVEG (2x13 = 26 Seiten ä 0,50 €) | = | 13,00€ |
| Kosten für die Hilfskraft, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 JVEG  (5 Stunden ä 45 €) | = | 225,00 € |
| Zuschlag für die Hilfskraft, § 12 Abs. 2 JVEG (0,15x 225 €) | = | 33,75 € |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 JVEG (2x8 = 16 km ä 0,42 €) | = | 6,72 € |
| Portokosten, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 JVEG | = | 15,00 € |
| Umsatzsteuer, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 JVEG  (19% aus 1.902,67 €) | = | 361,51 € |
| Gesamt: | = | 2.264,18 € |

82

# Aufgabe 41 (Sachverständigenvergütung - Lichtbilder I)

Der Sachverständige Karsten Stein aus Zerbst wird durch das Landgericht Magdeburg beauftragt, ein schriftliches Gutachten zu einem Unfallhergang zu erstellen. Das Gutachten wird auf dem Sachgebiet 21.1 (Kraftfahrzeugschäden) erbracht.

Es wird ein Ortstermin durchgeführt, die Reiseentfernung beträgt jeweils 25 Kilometer. Nach Einreichung des Gutachtens macht der Sachverständige folgende Kosten geltend: 2 Stunden Akteneinsicht

1. Stunden Entwurf des Gutachtens

4 Stunden Vorbereitung und Durchführung Ortstermin 2 Stunden Diktat und Korrektur

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| 13 Stunden ä 120 € | = | 1.560,00 € |  |
| Fahrtkosten zum Ortstermin | = | 21,00€ |  |
| (2 x 25 = 50 km ä 0,42 €) |  |  |  |
| Schreibauslagen für Gutachten | = | 37,80 € |  |
| (42.000 Anschläge) |  |  |  |
| Lichtbilder  16 Originallichtbilder | = | 32,00 € |  |
| 32 Lichtbilder (weitere Ausdrucke) | = | 16,00 € |  |
| Kopiekosten für Mehrkosten |  |  |  |
| - 2 x 20 Seiten schwarz-weiß ä 0,50 € | = | 20,00 € |  |
| - 2 x 8 Seiten in Farbe ä 1,00 € | = | 16,00 € |  |
| Portokosten |  | 15,00 € |  |
|  |  | 1.717,80 € |  |
| zuzüglich Umsatzsteuer (19%) | = | 326,38 € |  |
| Insgesamt: | = | 2.044,18 € |  |
| Der geltend gemachte Zeitaufwand, | die Höhe | der Aufwendungen | und die beanspruchte |

Honorargruppe sind nach Durchschicht der Akte und des Gutachtens nicht zu beanstanden.

Das Gutachten umfasst 28 Seiten. In dem Gutachten sind 16 Farbbildlichtbilder enthalten, die auf insgesamt 8 Farbseiten abgebildet sind.

Das Gericht hat zwei Mehrfertigungen von dem Gutachten angefordert.

Gemäß Beweisbeschluss war dem Kläger war aufgegeben, einen Auslagenvorschuss von

2.500 € zu zahlen. Eine entsprechende Zahlungsanzeige befindet sich in der Akte.

Der Sachverständige ist bestimmungsgemäß zu vergüten.

83

# Aufgabe 41 (Sachverständigenvergütung - Lichtbilder I)

Die zur Vorbereitung und Erstattung des Gutachtens erforderlichen Fotos sind nach § 12 Abs.

1 Satz 2 Nr. 2 JVEG zu erstatten. Es erfolgt danach eine pauschale Erstattung. Die Pauschale beträgt 2 € je Foto.

Wird das Foto im Gutachten verwendet, wird die Pauschale nur einmal gewährt, nämlich für das Originalfoto. Eine Erstattung für die weiteren Ausdrucke oder Abzüge, die in den vom Gericht angeforderten Mehrfertigungen verwendet werden, erfolgt ausschließlich über § 7 Abs.

2 JVEG.

Die Pauschale deckt alle Kosten, die mit der Fertigung des Fotos Zusammenhängen ab, insbesondere Material- oder Entwicklungskosten, sodass solche Kosten nicht gesondert erstattet werden können (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 12 Rn. 58).

Für das Gutachten sind 16 Fotos gefertigt worden. Für diese 16 Originalfotos (nur für diese!) entsteht die Pauschale des § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 JVEG von 2 €je Foto.

*X* Die in den Mehrfertigungen verwendeten 2x16 Farbfotos sind ausschließlich nach § 7 Abs.

2 JVEG zu vergüten. Sie sind auf 8 Seiten abgebildet in Farbe, so dass 2x8= 16

Seiten ä 2 € zu erstatten sind.

Dem Sachverständigen ist folgende Vergütung zu zahlen:

Honorar, §9 JVEG (Sachgebiet 21.1) = 1.560,00€ 13 Stunden ä120 €

Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 JVEG = 21,00€

(2 x 25 = 50 km ä 0,42 €)

Schreibauslagen, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 JVEG = 37,80€

(42.000: 1.000 = 42 ä 0,90 €)

Lichtbilder, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 JVEG = - 32,00 €

16 Originallichtbilder ä 2,00 €

Kopiekosten für Mehrkosten

* 2 x 20 Seiten schwarz-weiß ä 0,50 € = 20,00 €
* 2 x 8 Seiten in Farbe (Fotos) ä 1,00 € = 16,00 €

Portokosten, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 JVEG = 15,00€

Umsatzsteuer, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 JVEG = 323,34 €

(19% aus 1.701,80 €)

Insgesamt: = 2.025,14 €

Die geltend gemachten Kosten für die weiteren Ausdrucke der Fotos von 16 € sind abzusetzen. Die Umsatzsteuer ist entsprechend zu reduzieren.

Über die vorgenommene Kürzung ist der Sachverständige durch die Anweisungsstelle schriftlich in Kenntnis zu setzen. Dabei ist auch auf die Möglichkeit der gerichtlichen Festsetzung nach § 4 JVEG hinzuweisen, denn die Verpflichtung zur Rechtsbehelfsbelehrung des § 4c JVEG besteht auch bei der Festsetzung im Verwaltungswege durch die Anweisungsstelle (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 4c Rn. 2).

84

# Aufgabe 42 (Sachverständigenvergütung - Lichtbilder II)

Wie Aufgabe 41 mit folgender Abwandlung:

Der Sachverständige hat 20 weitere Fotos mit seiner Digitalkamera gemacht und auf seinem PC gespeichert. In dem Gutachten hat er diese Fotos jedoch nicht verwendet.

Die Anfertigung der Fotos war notwendig, weil die Unfallstelle von mehreren Blickwinkeln fotografiert werden musste.

Im Übrigen werden dieselben Kosten wie in Aufgabe 41 geltend gemacht.

85

# Aufgabe 42 (Sachverständigenvergütung - Lichtbilder II)

Für die Vorbereitung des Gutachtens notwendige Fotos werden auch dann erstattet, wenn sie weder im Originalgutachten noch in den Mehrfertigungen verwendet werden (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 12 Rn. 51 f.). Das gilt selbst dann, wenn die Fotos nicht mehr ausgedruckt werden, sondern nur noch auf einem Datenträger gespeichert sid (Schneider, JVEG, 4. Aufl.,

§ 12 Rn. 52).

*Nach §12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 JVEG sind gesondert zu ersetzen die zur Vorbereitung und Erstattung des Gutachtens erforderlichen Lichtbilder oder an deren Stelle tretende Ausdrucke.*

*Für die Erstattungsfähigkeit von Lichtbildern reicht es nach dieser Vorschrift aus, wenn die Lichtbilder angefertigt und auf dem PC gespeichert wurden, ein Ausdruck der Lichtbilder ist nicht erforderlich.*

(LG Konstanz, Beschl. vom 29.12.2010, 62 T 125/10 A, BauR 2011, 730.)

Dem Sachverständigen ist folgende Vergütung zu zahlen:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Honorar, §9 JVEG (Sachgebiet 21.1) 13 Stunden ä120 € | = | 1.560,00 € |
| Fahrtkosten, § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 JVEG  (2 x 25 = 50 km ä 0,42 €) | = | 21,00 € |
| Schreibauslagen, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 JVEG  (42.000 : 1.000 = 42 ä 0,90 €) | = | 37,80 € |
| Lichtbilder, § 12 Abs. 1 S.2 Nr. 2 JVEG  36 Originallichtbilder ä 2,00 € |  | 72,00 € |
| Kopiekosten für Mehrkosten  - 2 x 20 Seiten schwarz-weiß ä 0,50 € | = | 20,00 € |
| - 2 x 8 Seiten in Farbe (Fotos) ä 1,00 € | = | 16,00 € |
| Portokosten, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 5 JVEG |  | 15,00€ |
| Umsatzsteuer, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 JVEG  (19% aus 1.741,80 €) |  | 330,94 € |
| Insgesamt: | = | 2.072,74 € |

86

# Aufgabe 43 (Zeitaufwand für Vorprüfung)

Der Sachverständige Max Meyer wird vom Landgericht Magdeburg beauftragt, ein Gutachten zu erstellen. Das Landgericht übersendet die Akte an den Sachverständigen.

Dieser stellt nach Lesen des Beweisbeschlusses fest, dass die Beweisfragen nicht in sein Fachgebiet fallen. Hierauf weist er in einem kurzen Anschreiben, mit dem er auch die Gerichtsakte zurücksendet, hin.

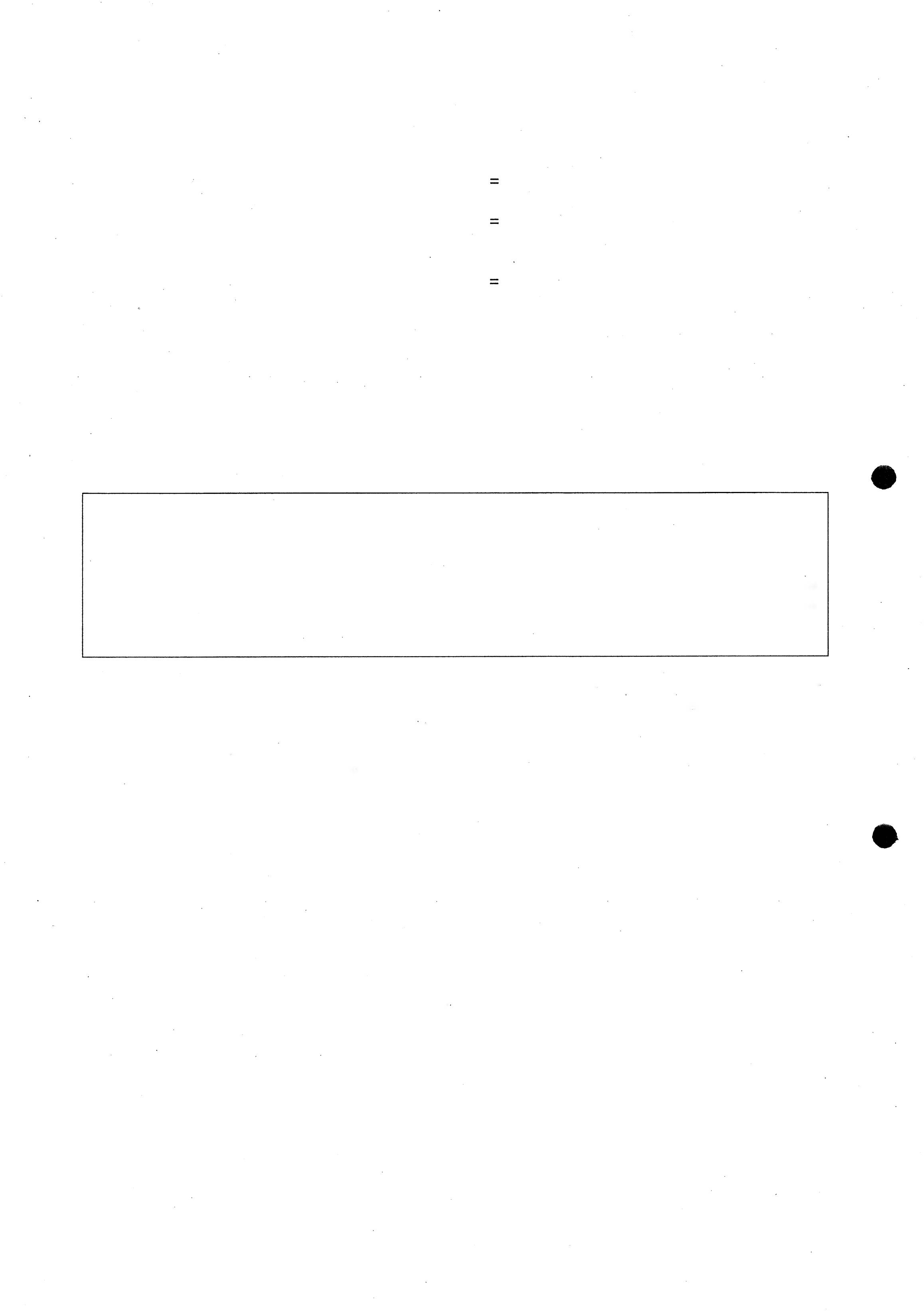
Dem Anschreiben ist folgende Rechnung des Sachverständigen beigefügt:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| 0,5 Stunden ä 85 € Aktenstudium | = | 42,50 € " |
| 0,5 Stunden ä 85 € Fertigung Anschreiben Gericht | = | 42,50 €- |
| Portokosten | = | 4,70€ |
| Umsatzsteuer (19% aus 89,70 €) |  | 17,04 € |

Insgesamt: = 106,74 €

Die Rechnung des Sachverständigen ist zu prüfen.

87



|  |  |
| --- | --- |
| **Aufgabe 43 (Zeitaufwand für Vorprüfung)** |  |
| Dem Sachverständigen ist folgende Vergütung zu gewähren: |
| Portokosten, § 7Abs. 1 S. 1 JVEG | 4,70 € |
| Umsatzsteuer, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 JVEG  (19% auf 4,70 €) | 0,89 € |
| Insgesamt: | 5,59 € |

In dem Schreiben über die erfolgte Kürzung der Vergütung, ist der Sachverständige auf die Möglichkeit der gerichtlichen Festsetzung nach § 4 Abs. 1 JVEG hinzuweisen (§ 4c JVEG).

# Kein Anspruch auf Honorar

Der Sachverständige ist verpflichtet, unverzüglich zu prüfen, ob der Auftrag in sein Fachgebiet fällt (§ 407a Abs. 1 Satz 1 ZPO).

# Zivilprozessordnung

**§ 407a Weitere Pflichten des Sachverständigen**

(1) 1Der Sachverständige hat unverzüglich zu prüfen, ob der Auftrag in sein Fachgebiet fällt und ohne die Hinzuziehung weiterer Sachverständiger erledigt werden kann. 2lst das nicht der Fall, so hat der Sachverständige das Gericht unverzüglich zu verständigen.

Für den Zeitaufwand, der für die nach § 407a Abs. 1 Satz 1 ZPO zwingend vorzunehmende Vorprüfung anfällt, kann der Sachverständige kein Honorar geltend machen, wenn er ohne Schwierigkeiten und ohne nähere Untersuchungen bereits aus den ihm überlassenen Unterlagen ersehen kann, dass das von ihm zu erstattende Gutachten Fragen betrifft, die außerhalb seines Fachgebiets liegen.

*Dem gerichtlichen Sachverständigen steht regelmäßig kein Entschädigungsanspruch für die Zeit zu, die dieser dafür aufwendet zu prüfen, ob er zur Erstellung des Gutachtens in der Lage ist.*

(BGH, Beschl. v. 20.03.1979, X ZR 21/76, MDR 1979, 754)

So auch:

LG Chemnitz, Beschl. v. 05.10.2015, 4 OH 36/14, NJW-Spezial 2016, 13 OLG Braunschweig, Beschluss v. 25.08.2005, 2 W 90/05, juris

OLG Düsseldorf, Beschl. v. 17.03.1994, 10 W 7/94, juris

OLG Köln, Beschl. v. 07.12.1992, 17 W 273/92, MDR 1993, 1024

# Auslagenerstattung

Die entstandenen Auslagen für die Rücksendung der Akten sind dem Sachverständigen jedoch nach § 7 Abs. 1 Satz 1 JVEG zu ersetzen (so auch: LG Chemnitz, Beschl. v. 05.10.2015, 4 OH 36/14, NJW-Spezial 2016, 13).

88

# Aufgabe 44 (Übernachtungskosten)

Der Sachverständige Josef Stern aus Frankfurt/Main wird von dem Landgericht Magdeburg beauftragt, sein Gutachten in der Hauptverhandlung zu erläutern. Die Ladung erfolgt zu 14:00 Uhr. Der Sachverständige wird um 17:00 Uhr entlassen.

Neben dem Honorar und die Reisekosten mit der Deutschen Bahn macht der Sachverständige auch Übernachtungskosten von 75 € geltend.

Hierzu führt er aus, dass er am Terminstag erst gegen 22:30 Uhr wieder in Frankfurt/Main in seiner Wohnung angekommen wäre. Er habe deshalb die Heimreise erst am folgenden Tag angetreten.

*Kann eine Erstattung der Übernachtungskosten erfolgen?*

89

# Aufgabe 44 (Übernachtungskosten)

Die Übernachtungskosten können nicht als notwendig angesehen werden. Eine Erstattung kann aufgrund der Beendigung der Rückreise bis 22:30 Uhr nicht erfolgen.

# Erläuterungen:

Übernachtungskosten sind zu erstatten, soweit sie aus Anlass der Heranziehung notwendig waren (§ 6 Abs. 2 JVEG). Hinsichtlich der Höhe verweist § 6 Abs. 2 JVEG auf die Bestimmungen des BRKG. Aus diesem Grund können auch die zum BRKG ergangenen Allgemeinen Verwaltungsvorschriften (BRKGVwV) herangezogen werden (Schneider, JVEG, 4. Aufl., §6 Rn. 26).

Gemäß Nr. 7.1.3 BRKGVwV sind Übernachtungskosten als notwendig anzusehen, wenn sie einen Betrag von 70 € nicht übersteigen. Wird der Betrag überschritten, so ist die Notwendigkeit im Einzelfall zu begründen. Wird der Betrag von 70 € überschritten, sind die Übernachtungskosten deshalb zu erstatten, wenn bekannt ist, dass es sich am Gerichtsort um übliche Preise handelt, was in Magdeburg der Fall ist.

Neben der Höhe ist aber auch zu prüfen, ob eine Übernachtung überhaupt erforderlich war. Dabei kann insbesondere darauf abgestellt werden, ob es dem Herangezogenen zuzumuten ist, die Anreise so früh anzutreten bzw. die Rückreise so spät zu beenden.

Dabei kann auch auf Nr. 3.1.4 Satz 1 BRKGVwV zurückgegriffen werden. Danach ist es grundsätzlich nicht zumutbar, die Reise vor 6 Uhr anzutreten und nicht nach 24 Uhr zu beenden.

*Gern. § 6 Abs. 2 JVEG wird ein Übernachtungsgeld nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes gewährt, wenn eine auswärtige Übernachtung notwendig ist. Bei der Bestimmung des Zumutbaren ist Nr. 3.1.4 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundesreisekostengesetz in der Fassung vom 12. November 2013 heranzuziehen, wonach grundsätzlich Dienstreisen nicht vor 6. 00 Uhr anzutreten und nicht nach 24.00 Uhr zu beenden sein sollen. War die Rückreise zumutbar, kann die Erstattung der Übernachtungskosten selbst dann nicht erfolgen, wenn die Übernachtungskosten tatsächlich entstanden sind, da sie als nicht notwendig angesehen werden können.*

(OLG Braunschweig, Beschl. vom 26.05.2015, 3 U 31/14, NdsRpfl 2015, 261) So auch:

BayLSG, Beschl. v. 04.11.2014, L15SF 198/14, AGS 2015, 75

LSG Thüringen, Beschl. v. 11.01.2016, L 6 JVEG 1340/15

90

# Aufgabe 45 (Nachträgliche Geltendmachung der Umsatzsteuer)

Der Sachverständige reicht am 14.05. sein schriftliches Gutachten bei Gericht ein. Da er davon ausgeht, dass er nicht der Umsatzsteuerpflicht unterliegt, macht er für seine Vergütung, die insgesamt 1.500 € beträgt, keine Umsatzsteuer geltend.

Die Anweisungsstelle zahlt die Vergütung am 28.5. antragsgemäß aus.

Am 20.12. teilt der Sachverständige mit, dass der Ansatz der Umsatzsteuer versehentlich unterlieben sei. Er bittet nunmehr, da er doch der Umsatzsteuerpflicht unterliege, um nachträgliche Erstattung der Umsatzsteuer (19% von 1.500 € = 285 €).

*Kann die Umsatzsteuer nachträglich erstattet werden?*

91

# Aufgabe 45 (Nachträgliche Geltendmachung der Umsatzsteuer)

Der Sachverständige kann, wenn er Positionen vergessen hat, grundsätzlich nachliquidieren.

Eine Nachliquidation ist jedoch nur innerhalb der Drei-Monatsfrist des § 2 Abs. 1 Satz 1 JVEG statthaft, wobei unerheblich ist, ob die Position versehentlich oder absichtlich vergessen wurde (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 2 Rn. 4).

Da die Drei-Monatsfrist mit dem Eingang des schriftlichen Gutachtens bei Gericht am 14.05. begonnen hatte (§ 2 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 JVEG), war sie mit Eingang der Nachliquidation bereits abgelaufen. Eine Nachfestsetzung ist nicht zulässig. Hiervon ist der Sachverständige schriftlich mit Rechtsbehelfsbelehrung (§ 4c JVEG) in Kenntnis zu setzen.

1. *Der Vergütungsanspruch eines Sachverständigen erlischt binnen einer Frist von drei Monaten, wenn er innerhalb dieses Zeitraums den Anspruch nicht bei der Stelle, die ihn herangezogen oder beauftragt hat, geltend gemacht hat. Die Frist beginnt im Fall der Vernehmung als Sachverständiger mit der Beendigung der Vernehmung.*
2. *Der Sachverständige muss seinen Vergütungsanspruch innerhalb der Frist von drei Monaten vollständig, d.h. mit Nebenkosten und Umsatzsteuer, beziffern.*

OLG Köln, Beschluss vom 14.08.2020 - 2 Ws 396/20

92

# Aufgabe 46 (Vereinbarung einer besonderen Vergütung nach § 13 JVEG)

Der Sachverständige vereinbart mit den Parteien die Zahlung einer besonderen Vergütung nach § 13 JVEG für die Erstellung des schriftlichen Gutachtens.

Das Gutachten wird auftragsgemäß eingereicht. Der Sachverständige macht seine Vergütung geltend, die antragsgemäß ausgezahlt wird.

Später wird der Sachverständige beauftragt, ein Ergänzungsgutachten zu erstellen, weil sich neue Beweisfragen ergeben haben. Im Anschluss an die Gutachtenerstellung findet zudem noch eine mündliche Erläuterung beider Gutachten statt.

Der Sachverständige macht auch für die Erstellung des Ergänzungsgutachtens und die mündliche Erläuterung der Gutachten seine Vergütung geltend. Dabei legt er auch hier den gemäß der mit den Parteien vereinbarten besonderen Stundensatz zugrunde.

*Kann hierfür der vereinbarte oder lediglich der gesetzliche Stundensatz vergütet werden?*

93

# Aufgabe 46 (Vereinbarung einer besonderen Vergütung nach § 13 JVEG)

Die Voraussetzungen des § 13 JVEG müssen für jeden Auftrag gesondert vorliegen. Es bedarf daher jeweils einer gesonderten Zustimmung der Parteien für die Erstellung des schriftlichen Sachverständigengutachtens, der mündliche Erläuterung oder für die Erstellung von Ergänzungsgutachten, auch wenn diese Aufträge innerhalb der gleichen Instanz erteilt werden (Schneider, JVEG, 4. Aufl., § 13 Rn. 1).

Da sich die mit den Parteien getroffene Vereinbarung lediglich auf die Erstellung des schriftlichen Gutachtens bezieht und es sich bei der Erstattung eines Ergänzungsgutachtens wegen neuer Beweisfragen und auch der mündlichen Erläuterung bereits um einen neuen Auftrag handelt (Schneider, 4. Aufl., § 24 Rn. 4 f.), kann für das Ergänzungsgutachten und die mündliche Erläuterung nur der gesetzliche Stundensatz gewährt werden.

*Haben sich die Parteien gemäß § 13 Abs. 1 Satz 1 JVEG mit einem erhöhten Stundensatz für die Erstellung des schriftlichen Sachverständigengutachtens einverstanden erklärt, so ist das Verfahren zur wirksamen Vereinbarung einer Besonderen Vergütung für jeden erteilten weiteren Auftrag (mündliche Erläuterung, Ergänzungsgutachten) auch innerhalb dergleichen Instanz selbstständig durchzuführen.*

OLG Düsseldorf, Beschluss vom 16.04.2019 - 10 W 37/19, JurBüro 2019, 588

1. *Die Zustimmung der Parteien bzw. die gerichtliche Entscheidung nach §13 Abs. 2 JVEG zu einem Stundensatz für das Ausgangsgutachten erstreckt sich nicht ohne Weiteres auf sämtliche sich an das Ausgangsgutachten anschließenden gutachterlichen Tätigkeiten. (Anschluss an OLG Karlsruhe, Beschluss vom 18. August 2014, 7 W 44/14, juris Rn. 27; OLG Koblenz, Beschluss vom 9. Dezember 2004, 14 W 814/04, juris Rn. 15; OLG Koblenz, Beschluss vom 4. Mai 2004, 14 W 252/14, BeckRS 2004, 04938).*
2. *Es ist grundsätzlich erforderlich, dass eine Zustimmung der Parteien bzw. eine gerichtliche Entscheidung nach § 13 Abs. 2 JVEG immer vor der jeweiligen Sachverständigentätigkeit erfolgt (Anschluss an OLG Koblenz, Beschluss vom 9. Dezember 2004, 14 W 814/04, juris Rn. 15).*

OLG Jena, Beschluss vom 26.05.2016 - 1 W 238/16, JurBüro 2016, 430

94